

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt'...

Telegraphen-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einfache Rubrikzeile 70 Pfennig...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 11. März 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Marx wieder Ministerpräsident.

Und Präsidentschaftskandidat des Zentrums.

Bei der Wahl des Ministerpräsidenten im Preussischen Landtag wurde Dr. Marx mit 222 Stimmen im ersten Wahlgang gewählt.

Herr Marx ist mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und Demokraten zum zweiten Male zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt worden.

Im Zentrum sind starke Strömungen am Werke, die Lösung der politischen Schwierigkeiten auf dem Wege einer Beamtenregierung zu suchen.

Wenn nun aber die Bildung einer Regierung auf der Basis einer gesicherten Landtagsmehrheit unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich erscheint...

Die Redaktion der 'Germania' ist mit dieser Lösung nicht einverstanden. Sie zieht die Landtagsauflösung vor.

Wir glauben darum nicht recht an solche Lösung und befürchten für den Fall, daß sie sich doch ermöglichen lassen sollte...

Die Diskussion im Zentrum wird demnach über die Fragestellung: Beamtenregierung oder Neuwahlen geführt.

Die Abstimmung im Landtag.

Im Landtag fand gestern die Wahl des Ministerpräsidenten statt.

Wie bei der letzten Wahl stimmen die Fraktionen der Weimarer Koalition, Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten für Marx.

Der Wahlsitz, der ohne Zwischenfälle vor sich geht, wird um 2 Uhr 55 Minuten geschlossen.

Der Wahlsitz, der ohne Zwischenfälle vor sich geht, wird um 2 Uhr 55 Minuten geschlossen.

Table with 2 columns: Name and Votes. Includes Abg. Marx (5), Dr. v. Richter (D. Vp.), etc.

Marx ist also zum Ministerpräsidenten im ersten Wahlgang gewählt.

Demit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt.

Bei der gestrigen Wahl des preussischen Ministerpräsidenten ereignete sich ein merkwürdiger Zwischenfall.

Farres und Marx.

Die Präsidentschaftskandidaten.

Die Beratungen der Zentrumsfraktionen haben zu dem Beschluß geführt, den preussischen Ministerpräsidenten Dr. Marx als Präsidentschaftskandidaten des Zentrums für den ersten Wahlgang aufzustellen.

Farres und Versackungspolitik.

Die 'Nationalliberale Korrespondenz' verleiht vorsorglich Herrn Farres gegen die Vorwärts, die ihm wegen seiner Versackungspolitik gemacht werden.

Sie wollten Seekt.

Aber er wollte nicht.

Wie die Telegraphen-Union von informierter Seite erzählt, sind in dem Ausschuss zur Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl die Darlegungen für eine Kandidatur des Generals von Seekt...

General v. Seekt hat also im Loebeischen Ausschuss zur engeren Wahl gestanden.

Simons - Stellvertretender Reichspräsident.

Der Reichstag hat am Dienstag das Gesetz über die Stellvertretung des Reichspräsidenten in dritter Lesung verabschiedet.

Notgesetz und Zollwucher.

Was man mit der Vertagung des Reichstages bezweckte.

Die Reichsregierung hat in einer Vorlage an den Reichstag ein verfassungsänderndes Gesetz verlangt, das ihr die Ermächtigung gibt, unter Ausschaltung der Reichsverammlung des Reichstages Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen.

Die Taktik aber ist deutlich. Man will fällige Vorlagen hinausschieben, bis man sie unter Ausschluß der Öffentlichkeit...

Natürlich fehlt es nicht an Vorwänden. Daß diese in der Aufwertungsfrage nicht stichhaltig sind, wissen am allerbesten die Deutschnationalen...

Der Regierungsentwurf hierzu liegt bis auf wenige Einzelheiten fest. Im letzten Augenblick vor seiner Verabschiedung hat man sich offenbar entschlossen...

Die Vorlage besteht aus Gesetz und Tarif. Das Gesetz befaßt sich sehr eingehend mit den Getreide-, Vieh- und Fleischzöllen.

Für Getreide und Vieh führt das Gesetz die Zollsätze des autonomen Zolltarifs der Vorkriegszeit ein.

Die Ungeheuerlichkeit einer solchen Absicht ist der Regierung offenbar selbst zum Bewußtsein gekommen.

nicht erhoben werden dürfen. Und endlich steht das Gesetz — um gewissen Bedürfnissen der ärmeren Bevölkerung entgegen zu kommen — eine besondere Ermächtigung zur Herabsetzung der Zölle für Gefrier- und Büchsenfleisch vor.

Durch diese Ermächtigungen wird die Ungeheuerlichkeit der Vorlage durchaus nicht gemildert. Eine Regierung, die den jetzigen Notstand der Verbraucher nicht anerkennt, wird von den Ermächtigungen nur unzulänglichsten oder überhaupt keinen Gebrauch machen. Wie sehr die jetzige Regierung die Not der Verbraucher zu berücksichtigen geneigt ist, ersieht man daraus, daß sie nicht davor zurückschreckt, ohne jeden sachlichen Grund die durch Getreidezölle bedingte Brotverteuerung vorzuschlagen.

Die neue Vorlage beschränkt sich aber nicht nur auf die Einführung höherer Getreidezölle und der alten Viehzölle, sondern bringt auch gleichzeitig eine Erhöhung der bisherigen Zölle für zahlreiche sonstige landwirtschaftliche Produkte, die für den Massenkonsum erhebliche Bedeutung haben. So zum Beispiel für Gewürze aller Art, Obst und Zucker.

Die Zölle für Luzernerzeugnisse könnten wesentlich höher sein, um dadurch die passive Handelsbilanz einigermaßen zu entlasten.

Im Tarif nehmen die Industriezölle den breitesten Raum ein. Das gilt insbesondere für solche Industrieerzeugnisse, die bislang teilweise überhaupt keinen, teilweise mit nur beschriebenen Zöllen belastet waren. Da ist zuerst die chemische Industrie. Die Vorlage bringt mit der altemährten Tradition der Zollfreiheit für chemische Produkte. Warum? Selbst die Begründung der Schutzzölle dürfte hier verfallen. Die Redensart vom „Schutz der nationalen Arbeit“ ist hier völlig sinnlos. Denn dieser Wirtschaftszweig hat seine volle Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland nach wie vor aufrecht erhalten. Auch die besonders starken Abschlußbestrebungen des Auslandes auf diesem Wirtschaftsgebiet sind kein Grund, Zollmaßnahmen zu treffen, die handelspolitisch letzten Endes doch Deutschland zum Nachteil gereichen.

Die Zölle für Textilien würden sehr schädliche Wirkungen für die Verbraucher haben. Gewiß hat die Textilindustrie durch die verteuerten Preise für Rohstoffe auf dem Weltmarkt nicht gerade einen leichten Stand. Aber diese Zölle sind höchst ungerechtfertigt. Zölle auf Textilien legen drückt die menschliche Bekleidung verteuern.

Der Eisenzoll, in der Deffentlichkeit neben den Getreidezöllen am lebhaftesten umstritten, wird von der Vorlage nicht berührt. Sie überspringt diese wichtige Streitfrage und läßt sie unentschieden. Handelspolitische Gründe mögen hierfür ausschlaggebend gewesen sein. Hofft doch die Schwerindustrie noch immer auf eine Kartellverbindung mit Frankreich, um den laudieren Plan der Verteuerung des Roheisens durch Ausschaltung der löcherigen Konkurrenz auf dem deutschen Markt zu verwirklichen. — Trotz der interesselosen Eisenzollfrage sind aber für die eisenerzeugende Industrie schon jetzt die Zölle festgesetzt. Auch in diesem Industriezweig ist weit über das durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gebotene Maß hinausgegangen worden.

Man sieht, worauf die Zollpläne der Regierung hinaus wollen. Zollerhöhungen auf der ganzen Linie für Industrie und Landwirtschaft, Prämien für die Sieger der Inflation und die Nutznießer der Subventionspolitik der Regierung. — Für die Verbraucher dagegen eine enorme Vertéuerung der gesamten Lebenshaltung, ein Raub an den Vermögen der Armen, eine gewaltige Verbrauchsbelastung und die Gefahr der Arbeitslosigkeit für alle Gewerbezeige, die durch eine beratige künstliche Schrumpfung der Kaufkraft in die Wirtschaft hineingeworfen werden!

Wir wissen nicht, ob die Vorlage in dieser Form veröffentlicht werden wird. Wir zweifeln gar nicht daran, daß die Regierung ihren Dementierapparat bereit hält, um unsere Informationen zu bestreiten. Es hilft ihr nichts. Wäre es nicht wahr, daß die Agrarzölle in dem geschilderten Ausmaß bevorstehen, so hätten die Minister Neuhäus und Kainz ihre Aussagen an die Landwirtschaft ins Blaue hinein gemacht und sie sähen heute längst nicht mehr auf ihren

Plätzen. Nun — sie fühlen sich auf ihren Sesseln ganz wohl und werden von ihren deutschnationalen Auftraggebern auch dann nicht gleich nach Hause geschickt werden, wenn etwa die Zollvorlage aus politischen Gründen nur in einzelnen Teilen herausgebracht werden sollte.

Was die breiten Massen der Arbeiterschaft von dieser Rechtsblockregierung zu erwarten haben, die daneben den Abbau der Besitzsteuern und die Erhöhung der Verbrauchssteuern betreibt, das steht nun einigermaßen fest. Allerdings sind Ueberraschungen noch immer nicht ausgeschlossen, denn es ist durchaus denkbar, daß man noch andere Wege beschreiten wird, um die Arbeiterschaft sozial und politisch zu entrechten. Gefrönt aber würden diese Versuche, je länger der Plan der Rechtsparteien, einen Vertreter der Reaktion, wie Dr. Jarres, zum Reichspräsidenten zu machen, und ihm die Ausübung der wichtigen, dem ersten Beamten des Volkes zustehenden Rechte zu übertragen. Man versteht, warum der Bürgerblock seine wahren Absichten am liebsten verheimlichen möchte. Die Arbeiterschaft jedoch hat ein Recht darauf, zu erkennen, was diejenigen wollen, die jetzt um die Stimmen der breiten Volksmassen für ihren Kandidaten werben.

Der Reichswirtschaftsrat verlangt Klarheit.

Am Dienstag beschäftigte sich der Zollausschuß des Vorkläufigen Reichswirtschaftsrats mit der „kleinen Zollvorlage“. Als Vertreter der Regierung war Ministerialrat Dr. Toffe anwesend. Genosse Schweiger vom KPD-Bund brachte folgenden Antrag ein:

„Der Zolltarifausschuß des Vorkläufigen Reichswirtschaftsrats spricht seine lebhafteste Besorgnis aus, daß durch die Verzögerung der gesetzlichen Verabschiedung der kleinen Zolltarifnovelle die erfolgreiche Beendigung der schwebenden Handelsvertragsverhandlungen gefährdet zu werden droht. Er richtet gleichzeitig an den Vorstand des Reichswirtschaftsrats die Bitte, erneut bei den zuständigen Reichsministerien vorstellig zu werden, damit ihm Gelegenheit gegeben wird, sich auch mit der Frage der Wiedereinführung von Getreidezöllen zu beschäftigen.“

Nach einer trefflichen Begründung nahm der Ausschuss einstimmig den Antrag Schweiger an.

System „Lokal-Anzeiger“.

Abschung erwünscht?

Unter der Spitzmarke „System Seering“ berichtet der „Lokal-Anzeiger“ über die Beantwortung einer kleinen Zentrumsanfrage durch das Ministerium des Innern, die sich auf den Bürgermeister einer Kleinstadt im Kreis Gießen bezieht. Dieser soll sich Fälle sinnloser Drunkenheit und andere Vergehen zuschulden haben kommen lassen und daher würde seine Abschung gefordert. Die Zustände des Ministeriums befähigt einen Teil der Anschuldigungen, die jedoch übertrieben gewesen sein sollen. Daher wurde das Verlangen nach Abschung zurückgewiesen. „System Seering“ ruft am Schluß dieser Mitteilung der „Lokal-Anzeiger“ entrisst aus.

Das Reptil der Schwerindustrie hat wieder einmal daneben gebissen. Die betreffende Entscheidung des Genossen Seering ist auf Grund der Untersuchungsergebnisse und Vorschläge der zuständigen Referenten getroffen worden, wie das bei solchen nebenläufigen Angelegenheiten üblich und selbstverständlich ist. (Wer sollte etwa der Minister persönlich nach dem westfälischen Nest fahren und tagelang die Ermittlungen über den weltgeschichtlichen Vorfall selbst leiten?) Nun sind die in Frage kommenden Referenten zufällig rechtsgerichtete Leute, volksparteilich, wenn nicht gar deutschnational! Wenn der „Lokal-Anzeiger“ deren Abschung im Zusammenhang mit dieser Entscheidung wünscht, so haben wir keine grundsätzlichen Einwendungen dagegen zu erheben. Wieder ein typisches Beispiel, nicht für das System Seering, sondern für das Verteilungssystem des „Lokal-Anzeigers“.

teilt, aber deshalb haben wir doch gerade den Richter aufgestellt, um uns dagegen zu sichern!

Graef-Anklam: Und das Resultat? Woher die zehn Stimmen zwölft für Marg, die unserem Mann fehlen

v. Campe: Vielleicht die Kommunisten!

Graef-Anklam: Ausgeschlossen! Für den Kollegen Bied lege ich meine Hand ins Feuer, daß er Disziplin übt. Wenn auf die KPD-Fraktion kein Verlaß mehr wäre, dann könnten wir auch einpacken!

v. Campe: Um Gottes Willen! Beschwören Sie durch solche Redewendungen ein derartiges Unglück nicht. Uebrigens: Bied hat seine vollen 43 Stimmen erhalten!

Graef-Anklam: Ach richtig! Gott sei Dank! Sehen Sie: in der Erregung läßt man sich manchmal zu den haltlosesten Verdächtigungen gegen seine treuesten Bundesgenossen hinreißen.

v. Campe: Damit haben wir aber das Rätsel der zehn Stimmen noch nicht gelöst. (Weise ins Ohr.) Sagen Sie mal, Herr Kollege Graef, hand aufs Herz: Sind Sie sich auch aller Ihrer Leute sicher?

Graef-Anklam: Und Sie?

v. Campe: Sprechen wir ein anderes Mal darüber. Wissen Sie, bei diesen verdammten geheimen Abstimmungen...

Graef-Anklam: Ich habe eine Idee. Wir holen uns einen Polizeibund und geben ihm alle Marg-Stimmzettel zu riechen. Dann schicken wir den Räder in Ihre nächste Fraktionsitzung.

v. Campe: Gänzend! Aber auch in Ihre...

Graef-Anklam: Wie können Sie sich unerschrecken?

v. Campe: Fraktion Rampel!

Graef-Anklam: Fraktion Campel!

Bied (greift beschwichtigend ein): Aber, meine Herren, beruhigen Sie sich! Was soll bloß aus uns werden, wenn wir uns streiten! Einigkeit! Einigkeit!

(Stode der Präsidenten. Das Abstimmungsresultat wird berichtigt.)

Gehelmschue in den New Yorker Theatern. Der New Yorker Polizeidirektor hat in Einnahmen mit den Bezirksämtern vier richterliche Vorkollegen von je zehn Bürgermitgliedern eingeleitet, deren Amt es ist, sich gutachtlich über ein Duzend zurzeit in New York geplanter Theaterskandale zu äußern, die angeblich gegen die guten Sitten verstoßen. Die 40 Mitglieder dieses neuartigen Scherbengerichts wurden durch das Los aus der Reihe von 130 Männern und Frauen gewählt, die sich freiwillig hierzu gemeldet hatten. Unter den eingelaufenen Meldungen befinden sich zahlreiche Namen von bekannten Künstlern, Schriftstellern, Geschäftsleuten und Geistlichen. Keiner der Ausgewählten kennt jedoch die Namen der anderen, und jeder ist verpflichtet, seinen Bericht getrennt dem Polizeidirektor zu übergeben, zugleich mit genauen Vorschlägen darüber, ob und welche Änderungen des Textes vorgenommen werden sollen, oder ob das ganze Stück als sittenwidrig zu verbieten ist. Der Besuch der benannten Theater erfolgt unangemeldet.

Er mach's mit jedem.

Zur Charakteristik Ludendorffs.

Im Verlag des „Völkischen Sprechabends“ ist eine Schrift des bekannten Rationalsozialisten Weberstedt erschienen, die den Konflikt Rupprecht-Ludendorff behandelt. Darin ist eine Stelle aus einem Brief des bayerischen Kronprinzen abgedruckt, die für Ludendorff besonders kennzeichnend ist. Sie lautet:

Was die Betonung des monarchistischen Gefühls des Generals Ludendorff betrifft, so kann ich erklären, daß er, der Königlich Preussische General, mir im Spätherbst 1921 seine Dienste zur Verfügung stellen ließ und mir dann, als ich der wiederholten Bitte, ihn zu empfangen, nachkam, wörtlich folgte: „Ich habe sehr viel Macht hinter mir. Es geht jetzt ums Ganze. Mittelbach oder Hohenzollern. Wer zugreift, der hat es“ — worauf meinerseits eine Ablehnung erfolgte.

Das erinnert an das bekannte Gespräch, das der sozialdemokratische Stadtrat Odenweller aus Homburg v. d. H. während des Kapp-Putsches mit Ludendorff hatte. Damals sagte der General:

Die Sache mit Kapp haben wir nur gemacht, weil er ein Mann mit eisernen Nerven ist. Zeigen Sie uns einen solchen Mann aus Ihren Reihen, und wir machen es auch mit ihm.

Und dieser ausgezeichnete Politiker, der es mit jedem macht und damit seine „Ueberparteilichkeit“ beweist, wird nicht einmal Reichspräsidenten-Kandidat!

Aktendieb Tirpitz.

Eine bemerkenswerte Feststellung.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde gestern beim Marineetat auf Anfrage des Abg. Künzler (Soa.) festgestellt, daß Großadmiral Tirpitz als Mitarbeiter des Textes über die Kriegsergebnisse zur See keine Akten aus dem Marine- und Kriegesarchiv erhalten hätte.

Es bleibt also dabei, daß Großadmiral Tirpitz auf einem Wege in den Besitz der Akten gelangt ist, der bei gewöhnlichen Sterblichen zu einer näheren Bekanntschaft mit dem Staatsanwalt führt. Bei Tirpitz war die Folge keine Wahl zum Ehrenvorsitzenden der Deutschnationalen Partei. Sollten die Gerichte das für eine genügende Strafe ansehen?

Die Ursachen des Zusammenbruchs.

Vor Abschluß der Untersuchungen.

Der Reichstagsausschuß zur Untersuchung des Zusammenbruchs von 1918 hatte dem Chef der Operationsabteilung der früheren Obersten Heeresleitung, jetzigen Generalmajor im Reichswehrministerium Behell, die in der Presse über ermittelte Gutachten der Sachverständigen v. Ruhl, Schwerlöfer und Wehrhahn samt dem Vernehmungsprotokoll des Ausschusses zur Kenntnis gebracht, was Generalmajor Behell hatte sich in einem Schreiben an diesem Material geäußert. Der Ausschuss trat gestern zur Aussprache über diesen Schriftsatz in Gegenwart der Sachverständigen und des Generalmajors Behell zusammen. Die Aussprache wurde im wesentlichen abgeschlossen. Schon in der nächsten Woche soll der Berichterstatter Dr. Bied dem Ausschuss den Entwurf einer Entschlüsselung vorlegen, in der das Ergebnis der Erhebungen über die militärischen Gründe des Zusammenbruchs und die politischen Verantwortungszusammenhänge wird. Der Ausschuss redet bestimmt damit, den Termin des 1. April für den Abschluß dieses Teils seiner Arbeit einhalten zu können, wozuf sobald die Veröffentlichung des zum größten Teil schon gedruckten Materials erfolgt.

Im Landtag wird am Mittwoch vormittag der Interfraktionelle Ausschuss und der Kellertenrat zusammenzutreten. In diesen Beratungen wird voraussichtlich auch die Frage gefaßt werden, wann der am Dienstag wiederum gewählte Ministerpräsident Marx sein Kabinett vorstellen und wann die Besprechung der Regierungserklärung erfolgen soll.

Politisches Zwiegespräch.

Mampe und Campe.

Bei der Verkündung des Ergebnisses der Wahl des preussischen Ministerpräsidenten im Landtag wurden gestern zunächst irtümlich 232 Stimmen für Marg, 141 für Herrn von Richter ausgegeben. Jedermann fragte: woher stammen die zehn Stimmen mehr für Marg? Auf den Bänken der Deutschnationalen und der Volkspartei wurde es unruhig. Verschiedene Herren sprachen sehr nahe und erregt miteinander. Ein Ohrenzeuge behauptet, etwa folgendes Zwiegespräch vernommen zu haben. Wir geben diese Einzelheiten natürlich nur unter Vorbehalt wieder:

Graef-Anklam: Herr Kollege Campe, das ist ja ein Dolchstoß!

v. Campe: Wie können Sie sich unterstehen, meine Fraktion zu verdächtigen?

Graef-Anklam: Soll ich denn etwa meine Fraktion verdächtigen?

v. Campe: Warum nicht? Tun Sie doch nicht so, als ob Sie immer geschlossen aufstreten. Dawes-Plan... Siam-Vertrag... Sie helfen doch nicht unsonst! Fraktion Mampe.

Graef-Anklam: Ich verbitte mir derartige Anspielungen. Das war ja etwas ganz anderes: damals haben wir unsere Leute genau eingeteilt und abkommandiert. Reden Sie nur nicht von Mampe, Herr v. Campe!

v. Campe: Soll das bloß ein Reim sein?

Graef-Anklam: Reim, es ist eine politische Launage: Ihre ganze Partei ist ja seit jeher auf den Grundlag: „Mal so, mal so“ eingeteilt. Drei Jahre große Koalition, begeisterte Lobeshymnen auf Otto Braun, und jetzt partout Opposition!

v. Campe: Aber, Herr Kollege, beruhigen Sie sich doch! Wozu diese trüben Erinnerungen wachrufen?

Graef-Anklam: Trübe Erinnerungen? Das sagen Sie jetzt! Aber lesen Sie nur die Abschiedsworte Ihres Herrn v. Richter beim Austritt aus dem Kabinett wieder: „Eine dauernde, schöne Erinnerung für das ganze Leben.“ Und da soll man unbedingt Vertrauen in die Charakterfestigkeit Ihrer Leute haben?

v. Campe: Aber, bitte schön: v. Richter ist doch selbst unser gemeinsamer Gegenkandidat gegen die Linke gewesen! Das beweist doch am besten, daß wir alle mit dieser fernen Vergangenheit gebrochen haben!

Graef-Anklam: Wann?

v. Campe: Sie werden doch nicht behaupten wollen, daß Richter gegen sich selbst und für Marg gestimmt hat.

Graef-Anklam: Euch traue ich alles zu...

v. Campe: Aber, Herr Kollege, überzeugen Sie doch ein wenig: Gegen sich selbst — ausgeschlossen! Ja, wenn ich aufgestellt worden wäre, dann hätte ich Ihren Verdacht durchaus ge-

Eine deutsche Grundkarte 1 : 5000. Bisher dienten als Grundlage für alle Landarten des deutschen Gebiets die Reichskartenblätter der Landesvermessungen im Maßstab von 1 : 25 000. Aber dieser Maßstab genügt den gesteigerten Anforderungen des Wirtschaftslebens schon seit langem nicht mehr, und jetzt, wo es gilt, unseren Grund und Boden auf das äußerste auszunutzen, wird die Forderung nach einer noch genaueren Grundkarte immer dringender. Der Beirat für das Vermessungswesen hat daher, wie O. Böhlin in den „Naturwissenschaften“ ausführlich, sich entschlossen, für die neue topographische Grundkarte den Maßstab 1 : 5000 zu wählen. Das gewaltige Werk, das etwa 144 000 Kartenblätter umfassen würde, kann bei dem Mangel an Mitteln und an geschultem Personal nicht ohne Hilfe der interessierten Kreise durchgeführt werden. Diese müssen daher durch Erteilung von Aufträgen helfen, und einige landwirtschaftliche und industrielle Gesellschaften haben bereits Blätter der neuen Grundkarte bestellt; einige sind sogar schon erschienen. Auch werden vorhandene Vermessungsergebnisse, insbesondere Stadtpläne, die häufig den Maßstab 1 : 5000 haben, dem Unternehmen eingefügt. An Vorkäufen sind einschlägige Grundkarten geschaffen worden. Die Genauigkeit wird so groß sein, daß in allgemeinen die horizontale Lage im freien Gelände bis auf 3 Meter, die Höhe bis auf 0,3 Meter gemächlicherweise werden kann.

Der Telephonverkehr mit dem fahrenden Eisenbahnzug. Die seit Monaten auf der Strecke Hamburg—Berlin geführten Versuche, den Telephonverkehr zwischen ortfesten Stationen und fahrenden Eisenbahnzügen und zwischen Zügen untereinander herbeizuführen, haben nach einer von zuständiger Seite der „Frankfurter Zeitung“ gemachten Mitteilung den Bemerkung geliebt, daß das Problem auf Grund der Vorarbeiten als gelöst betrachtet werden kann. Die Verbindung zwischen fahrenden Zügen und ortfesten Telephonstation des Reichs ist so klar wie zwischen ortfesten Stationen — nicht sich in kürzester Frist herstellen. Als erste Strecken, die mit den entsprechenden Einrichtungen ausgestattet werden sollen, sind die Verkehrsstrecke Hamburg—Berlin und ferner die Strecke Berlin—München in Angriff genommen, von denen die erstere im Laufe des Sommers dem öffentlichen Verkehr übergeben werden wird.

Im Theater am Kurfürstendamm finden nur noch acht Aufführungen von „Kamelle Rotouber“, die Montag bereits die 100. Aufführung erlebte, statt, da bereits in der nächsten Woche die Uraufführung von „Die Witze mit Max Baalbeit“ in Szene geht.

Vorlesung am Sonntag den 7. Uhr findet im Refektor der Akademie der letzte Vortrag in diesem Winter statt. Prof. Rehmert spricht über die „Entwicklung der russischen Literatur im 19. Jahrhundert“.

Im „Cassino“ findet am Sonntag, 8. Uhr, ein Duzend-Konzert statt. Darunter sind folgende Künstlerinnen und Herren: Boerner, Margarete und Ulrich Böhlin spielen Kammermusik-Werke. Eintritt frei!

Zum Operndirektor des Danziger Stadttheaters ist vom Theaterausschuß Cornelius Künzler erwählt worden. Die Intendantin hat daher ihre Berufung an ihn erklärt.

Ein neues Königsgemälde? Amerikanische Archäologen haben in der Nähe der großen Pyramiden von Gizeh ein Grab gefunden, von dem sie annehmen, daß es das Grab von Senosertu, dem ersten Herrscher der 4. Dynastie, sei. Das 6000 Jahre alte Grab enthält einen unverletzten Sarkophag und viele interessante Gegenstände, die jedoch sehr brüchig sind.

Die Kandidatur Marx.

Aus der Geschichte des Voebell-Ausschusses.

Mit der Nominierung von Marx haben die Versuche der Rechtsparteien, das Zentrum für einen gemeinsamen bürgerlichen Sammelpunkt bereits im ersten Wahlgang zu gewinnen, ihren Abschluß gefunden.

Die Rechtspresse aller Schattierungen hat nun keinen Grund mehr, die Kandidatur Marxes noch mit taktischer Zurückhaltung zu behandeln. Aus allen Zeitungen der Rechten klang es daher gestern Abend: „Marx ist unser Mann.“ Er ist der Kandidat jenes Ausschusses unter Voebells Führung, der alles zusammenfaßt, was an Rechts-tendenzen in Deutschland vorhanden ist.

Dieser Ausschuss hat eine sehr kurze, aber auch sehr interessante Geschichte. Aus dieser Geschichte erzählt Paul Baedeker in der „Deutschen Tageszeitung“. Er stellt fest, daß in diesem Ausschuss neben anderen Parteien auch die Zentrumspartei und neben anderen Organisationen auch die Christlichen Gewerkschaften offiziell vertreten waren.

Die Verhandlungen zwischen diesen Organisationen und den Rechtsorganisationen sind nach der Darstellung Baedekers am Montagabend gescheitert:

„Bis gestern Abend war die Auffassung des Oberbürgermeisters Dr. Marxes insofern noch nicht sicher, als noch die Möglichkeit eines Zusammengehens mit dem Zentrum für den ersten Wahlgang nicht ausgeschlossen war und sich daraus natürlich auch noch andere Möglichkeiten für die Kandidatur ergaben.“

Als Grund für das Scheitern der Verhandlung bezeichnet Herr Baedeker einmal das Fallenlassen der Kandidatur Stegerwald durch das Zentrum, dann die Entscheidung des Zentrums für die Neuwahl des preussischen Ministerpräsidenten. Er läßt zugleich erkennen, daß die Kandidatur Stegerwald eine sehr große Rolle in den Verhandlungen gespielt hat:

„Wenn deshalb das Zentrum, wie man hört, jetzt so tut, als sei die Kandidatur Stegerwald, die eine, vielleicht die einzige Möglichkeit einer Einigung bot, nicht an den Widerständen im Zentrum, sondern an Widerständen rechts vom Zentrum gescheitert, dann ist das eine ganz unzureichende Auffassung. Daß Widerstände und Schwierigkeiten gegenüber einer Kandidatur Stegerwald auch rechts vom Zentrum vorhanden sind, soll natürlich in keiner Weise bestritten werden, zumal das schon nach der ganzen Haltung des Zentrums in letzter Zeit ganz selbstverständlich ist. Diese Schwierigkeiten waren nach unserer Überzeugung jedoch nicht unüberwindlich, wenn das Zentrum wenigstens in den letzten Tagen Neigung zum Zusammengehen mit den anderen staatsbürgerlichen Parteien einigermaßen deutlich sichtbar werden läßt: das Zentrum hat aber, vor allem in der Haltung des Herrn Marx, das genaue Gegenteil getan und damit die natürlichen Strömungen gegen eine Vereinigung auf eine Rechtskandidatur des Zentrums selbstverständlich gestärkt und gefördert.“

Hier tritt deutlich zutage, welches politische Handlungsgeschäft die Rechtsparteien beabsichtigen. Sie wollten Stegerwald als Sammelpunkt der Rechten akzeptieren. Sie verlangten als Gegenleistung, daß das Zentrum ihnen Bräunen ausstreckt.

Die kurze Geschichte des Voebellschen Ausschusses zeigt den Verlauf der Rechtsintendenzen in Deutschland, eine bürgerliche Einheitsfront mit der Spitze gegen die Sozialdemokratie und gegen die von ihr vertretenen Massen des Volkes zu sammeln. Herr Marx, der Kandidat des Voebellschen Ausschusses, ist der Exponent dieser Bestrebungen.

Diesen Bestrebungen gilt der Kampf der Sozialdemokratie. Sie wirkt für ihren Kandidaten, für Otto Braun, und sie kämpft gegen Herrn Marx, den Kandidaten der deutschen Reaktion.

Vorbereitungen für die Reichspräsidentenwahl

Antrag auf technische Aenderung des Wahlgesetzes.

Im Reichstage ist jetzt ein Initiativantrag der Abgeordneten Koch-Weser (Dem.), Dillmann (Soz.) und v. Guérard (Z.) eingegangen, der eine Aenderung des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten bringt und eine Reihe von neuen Bestimmungen trifft, so u. a. die Notwendigkeit von Wahlvorschlüssen betont und amtliche Stimmzettel vorschlägt. Danach wird festgelegt, daß Wahlvorschlüsse spätestens am zehnten Tage vor der Wahl beim Reichswahlleiter einzureichen sind. Sie müssen von mindestens 20 000 Wählern unterzeichnet sein. An Stelle von 20 000 Wählern genügen 20, wenn der Vorschlag von Gruppen ausgeht, die bei der letzten Reichstagswahl einen Reichswahlvorschlus eingereicht hatten, und wenn auf die Kreiswahlvorschlüsse, die dem Reichswahlvorschlus angeschlossen waren, zusammen mindestens 500 000 Stimmen abgegeben worden waren. Die Stimmzettel werden durch die Reichsregierung amtlich hergestellt in der Weise, daß sie alle vom Reichswahlleiter zugelassenen Wahlvorschlüsse enthalten. Die Stimmabgabe erfolgt derart, daß der Wähler durch ein auf die Stimmzettel gesetztes Kreuz oder auf andere Weise förmlich macht, welchem Vorschlag er seine Stimme gibt. Es ist zulässig, daß der Wähler seine Stimme für eine nicht vorgeschlagene Person abgibt. Die Stimmabgabe erfolgt in diesem Falle derart, daß der Wähler den Namen der Person, der er seine Stimme gibt, auf den amtlichen Stimmzettel schreibt, auf dem hierzu ein Raum freibleibt.

Die Auslegung der Stimmlisten.

Der Reichsminister des Innern hat bestimmt, daß die Stimmlisten und Stimmfortalen für die am 29. März 1925 stattfindende Reichspräsidentenwahl vom 20. bis einschließlich 23. März 1925 auszuliegen sind. Wird ein zweiter Wahlgang erforderlich, so werden die Stimmlisten und Stimmfortalen nach Berücksichtigung erneut am 21. und 22. April 1925 ausgelegt. Näheres über Ort und Zeit der Auslegung geben die Gemeindebehörden nach bekannt. Einsprüche gegen die Stimmlisten müssen bis zum Ablauf der Auslegungfrist erhoben werden. Wahlen kann nur, wer in die Stimmlisten eingetragen ist oder bei Abwesenheit vom Wohnort am Wahltag einen Stimmschein sich rechtmäßig hat ausstellen lassen.

Stimmberechtigte, die aus dem befohlenen Gebiet (alt- und neuabgetrennt) ausgewiesen oder durch Maßnahmen der Befehlsmächte verdrängt sind, insbesondere auch Personen dieser Art, die infolge der Wohnverhältnisse dorthin noch nicht haben zurückkehren können, sind für die Wahlen am 29. März 1925 und 20. April 1925 auf Antrag in die Stimmliste oder Stimmfortale ihres Aufenthaltsorts einzutragen, auch wenn sie an diesem Orte keinen Wohnort oder gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Rothardts „Rechtfertigung“.

Hilfloses Gestammel eines Viertelgebildeten.

Magdeburg, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Dispositionen des Gerichtsvorsitzenden lassen vermuten, daß das Urteil der Berufungskammer im Prozeß des toten Reichspräsidenten gegen die leibendige Verleumdung erst am Tage vor oder nach dem Wahltag gefällt wird, um vorher die Entscheidung über das Erbe des Klägers herbeizuführen. Bis zum 23. März sind Zeugen geladen. Und wenn man voraussetzt, daß dann wirklich die Beweisaufnahme geschlossen ist, so werden sich die Anklage- und Verteidigungsgreden sicher so lange hinziehen, daß für die Urteilsfindung kaum noch Zeit bleibt, um vor dem 29. März das Urrecht des vorigen Gerichtsurteils aus der Welt zu schaffen.

Heute wurde fast die ganze Sitzung mit der Verlesung von Berufungsbegründungen der früheren Aussagen des Reichspräsidenten und anderer Dokumente ausgefüllt.

Nichts wesentlich Neues ergab die Vernehmung des Angeklagten Rothardt, der während der mehrwöchigen Erörterung vor dem Schöffengericht ganz stumm geblieben war. Heute wurde er vom Vorsitzenden jedoch etwas mehr in Anspruch genommen, so daß er selbst die ganze Hohlheit des Angreifers bloßstellen muß. Selten hat wohl ein „Schriftleiter“ in einem politischen Prozeß vor Gericht einen so bejammernswerten Eindruck gemacht wie dieser Jüngling, der einen Mann wie Ebert beschimpfte. Hilfloses Gestammel eines Viertelgebildeten, der keine eigene Überzeugung hat, aber seine politische Erkenntnis aus dem „Rüstzeug“ der deutschnationalen Schriftenserie besterle und der auf Grund dieser profunden Wissenschaft gegen den Repräsentanten des Reiches den schwersten Vorwurf schleudert, der gegen einen Politiker erhoben werden kann. Hilflos wie sein Geschriebel, das zur Anklage führte, sind auch seine mündlichen Befundungen, immer wieder in der Erwartung, daß seine Verteidiger ihm etwas zuzuführen möchten! Er weiß nicht, was er sich damals gedacht hat, als er seine beschimpfenden Sätze niederschrieb. Er weiß nur, daß er damals nicht gewußt habe, was Landesverrat sei. Er wußte und weiß es auch heute noch nicht. Ein Strafgesetzbuch hat er nicht angesehen. Aber dieser hilflose Junge schreibt, lediglich um im Hehlitz seines vorurteilten und klüchtigen Meisters zu bleiben, dreist darauf los, Ebert möge beweisen, daß er nicht Landesverrat sei!

Dieser Angeklagte ist wirklich wert, daß ihm die deutschnationale Partei ihren Quetschbrunnen als Verteidiger stellt.

Auf Antrag des Staatsanwalts ist jetzt auch noch die Ladung Otto Brauns als Zeuge beschlossen worden. Morgen werden außer dem Ministerialrat Döhle vom Bureau des Reichspräsidenten noch die Generäle Gröner, Stein, Wisberg und die Genossen Dr. David und Roske vernommen werden.

Der Anschlag auf die Deutschen Werke.

Protest der Belegschaften gegen die Maßnahmen der Schwerindustrie.

Die Belegschaften der Deutschen Werke, Abteilungen Spandau-Hofelhorst, beschäftigten sich gestern in zwei überfüllten Betriebsversammlungen mit der drohenden Verschärfung der Deutschen Werke an die Privatindustrie. Genosse Bergemann vom Gesamtbetriebsrat gab eingangs seines Referates einen kurzen historischen Überblick über den Aufbau dieses riesigen Werkes.

Im Jahre 1924 wurden Anlagen bis auf die Hälfte ihrer Belegschaften und ihrer Produktion eingeführt und schon damals bestand die Befürchtung, daß die Werke dem Staat verloren gehen würden. Es wurden die Werke Bippstadt, Dachaun, Rüstingen und Kassel, angeblich wegen Unrentabilität, stillgelegt. Im November v. J. fand auf Veranlassung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart eine Konferenz der Betriebsräte der Deutschen Werke statt, die das Ergebnis hatte, daß in Berlin Verhandlungen mit der Werksdirektion stattfanden. Dabei wurde von der Direktion zugesagt, daß der allergrößte Teil der Werke sehr gut beschäftigt sei und daß der Rest zum mindesten rentabel gemacht werden könne. Die Werke in Spandau-Hofelhorst haben gute Arbeit in landwirtschaftlichen Maschinen, in Motoren- und Motorraddbau und auch im allgemeinen Maschinenbau. Die Schwierigkeiten der Werke vergrößerten sich in demselben Augenblick zusehends, als es den Werken gelang, ein Kleinauto auf den Markt zu bringen, das jede Konkurrenz schlug. Die private Automobilindustrie verlor es, den Einfluß der schwerindustriellen Aufsichtsratsmitglieder zu ihren Gunsten auszunutzen, wobei mit allen Mitteln gearbeitet wurde. Man schaute selbst davor nicht zurück, die Konstruktionen des Automobilbaues anzuzweifeln. Trotzdem konnte die Berechnung der Deutschen Werke aufrecht erhalten werden.

Eine Aufsichtsratsitzung, die im vergangenen Monat stattfand, beschloß nunmehr unter dem Einfluß der Privatindustrie eine „organische Konzentration“ des Werkes vorzunehmen. Mit diesem Fremdwort sollte die Veräußerung der Werke an die Privatindustrie verdeckt werden. Die von der Arbeiter- und Angestelltenchaft in den Aufsichtsrat entsandten Mitglieder protestierten mit aller Schärfe gegen diesen Beschluß und stellten dabei fest, daß die Deutschen Werke durch aus Konkurrenzfähig seien, wie die Fabrikation der Kleinautos bewiesen habe und daß gerade diese Konkurrenzfähigkeit der Anlaß für die Privatindustrie ist, die Deutschen Werke abzuwürgen.

Inzwischen waren von der agrarisch-schwerindustriellen Reichsregierung den Deutschen Werken die Kredite gesperrt worden. Es ist selbstverständlich, daß in dem Augenblick, wo der Privatindustrie hunderte von Millionen aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt werden, die Deutschen Werke als reichseigener Betrieb nicht ohne Kredite auskommen konnten. So wurde künstlich die Unrentabilität der Werke erzeugt, um sie für die Verschärfung reif zu machen.

Eine Vollversammlung der Betriebsräte besaßte sich sofort mit der Sachlage und verlangte, daß die maßgebenden Behörden den Werken weitere Kredite einräumen sollten. Die Konferenz war sich auch darüber klar, daß eine Veräußerung der Deutschen Werke für den Staat einen großen Verlust bedeuten würde, weil die für die Umorganisation der Werke bisher verwandten Mittel dann verlorengehen würden. Nach Ansicht der Reichsleute würden etwa 40 bis 45 Millionen Mark ausreichen, um die Weiterführung der Fabrikation zu gewährleisten. Die Belegschaft betrachtet die Erhaltung der Deutschen Werke als Staatseigentum nicht nur von ihrem Standpunkt aus als unerlässlich, sondern sie sieht es auch als ihre Staatsbürgerpflicht an, die riesigen Werte, die in den Deutschen Werken stecken, dem Staat erhalten zu helfen. Der Vorstoß der Privatindustrie ist die Auswirkung der längst gegen die Deutschen Werke betriebenen Hege, die stets nur den Zweck verfolgte, die lästige Konkurrenz los zu werden.

Die Versammlung nahm schließlich gegen drei Stimmen folgende Resolution an:

„Die Angestellten und Arbeiter der Deutschen Werke A.-G., Werk Spandau“ und Hofelhorst protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die beabsichtigte, vom Aufsichtsrat beschlossene Umorganisation des Unternehmens.“

Sie erklären in dem vom Aufsichtsrat beschlossenen Maßnahmen einen Vorstoß der Großindustrie, die Werke aus dem Besitz des Reiches in den der Privatindustrie zu überführen.

Sie halten die Fortführung der zurzeit in Betrieb befindlichen Werke sowohl vom wirtschaftlichen, als auch vom technischen Standpunkt für unbedingt erforderlich. Sie erachten es für die Pflicht des Reiches, dem Unternehmen die zur Weiterführung der Betriebe notwendigen Kredite zur Verfügung zu stellen.

Die Belegschaft fordert von der Regierung eine Revision der beschlossenen Maßnahmen. Die geplante Umorganisation bzw. Abstoßung der Betriebe an die Privatindustrie ist nur mit großen finanziellen Verlusten für das Reich möglich. Die finanziellen Verluste, die durch die beschlossenen Maßnahmen notwendigerweise eintreten müssen, stehen in keinem Verhältnis zu der zur Fortführung des Unternehmens notwendigen neuen Finanzierung.

Um die in den Deutschen Werken investierten großen Kapitalien dem Reich zu erhalten und außerdem die bisher anerkannt-weise geleistete Umstellungsarbeit auf organisatorischem und technischem Gebiete für das Reich in absehbarer Zeit zum erfolgreichen Abschluß bringen zu können, fordert die Belegschaft von der Reichsregierung und den Parteien, die notwendigen Kredite zu bewilligen.“

Der Referent schlug der Versammlung die Bildung einer Kommission aus den Vorstehenden der Betriebsräte vor, die an die linksstehenden Parteien des Reichstages herantreten soll, um sie zur Bewilligung der erforderlichen Kredite zu veranlassen.

Im Zusammenhang mit den Vorgängen in den Deutschen Werken hat der Delegierte, Generaldirektor Heinrich, sein Amt als Vorstands- und Aufsichtsratsmitglied niedergelegt.

Verlängerung des Besoldungsperrgesetzes.

Der Reichsrat beschäftigte sich am Dienstag mit dem Finanzausgleich. Auf Vorschlag der Regierung wurde beschlossen, die bisherige Regelung bis zum 30. September 1925 weiterbestehen zu lassen. Die Zwischenzeit soll benutzt werden, um den Finanzausgleich für die Jahre 1926/27 vorzubereiten. Dabei gilt als Norm und Vorbild, daß den Ländern mindestens der gleiche Gesamtbetrag wie bisher überwiesen wird. Volter erklärte sich der Reichsfinanzminister Schlieben bereit, daß bei den Fragen der Erstattung auf Grund des Steuerüberlassungsgesetzes und des Uebertrags zu den Betriebsjahresvorauszahlungen den Wünschen der Länder entgegenzukommen und der Volkseinkommensteuern den Ländern im Rechnungsjahr 1925 auf Grund der zu vereinbarenden Grundzüge gewährt wird.

Der Reichsrat erklärte sich weiter mit einer Verlängerung des Besoldungsperrgesetzes um ein Jahr einverstanden. Dabei gelten folgende Voraussetzungen: Das Gesetz bedarf nicht auf die neuen Besoldungsvorschriften. Die Bestimmungen über Dienststellen, Tagelöhner usw. werden gestrichen. Der Reichsrat muß aber Vorschriften zustimmen, die auf Grund des Besoldungsperrgesetzes erlassen werden. Im übrigen soll in der Reichsaufsicht dadurch eine Aenderung eintreten, daß Vertreter der obersten Landesbehörden als Besitzer verhandelt werden sollen.

Völkerbundsrat und deutsches Angebot.

Genf, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Völkerbundsrat hielt am Dienstagvormittag 11 Uhr die zweite öffentliche Tagung ab. Auch sie verlief ohne jede politische Sensation. Nach Gedächtnisworten Chamberlains auf Branting wurden verschiedene Kommissionsberichte zur Kenntnis genommen.

In einer geschlossenen Sitzung besaßte sich der Rat am Nachmittag mit dem deutschen Völkerbundsmemorandum. England beabsichtigt die deutschen Vertreter zur Darlegung ihres Standpunktes zur nächsten Genfer Haupttagung im Juni einzuladen. Frankreich wird dagegen die Ueberweisung des Memorandums an die Ballweissammlung beantragen, da diese allein juristisch zuständig ist. Es steht fest, daß Chamberlain mit ganz bestimmten Instruktionen nach Genf kam, vor allem mit der strikten Weisung, keine Vereinbarungen einzugehen. Der Tag seiner für Donnerstag geplanten Rede ist schon vor seiner Abreise festgelegt worden. Die englischen Journalisten in Genf erhielten deshalb die Weisung, die Rede nicht zu drahten, da diese in England amtlich bekannt gegeben werden wird. Die allgemeine Stimmung gegenüber dem deutschen Sicherheitsangebot ist infolge der neuen deutschnationalen Persiflage sehr feindselig. Die Schweizer Presse veröffentlicht am Dienstag morgen in großer Aufmachung einen Artikel der deutschnationalen offiziellen „Nationalpost“, die in der Kritik über das Garantieangebot schreibt: „Selbst wenn bei dem deutschen Anerbieten niemals daran gedacht werden sollte, daß dieses die Form eines verbindlichen Vorschlages annehmen könnte, darf man sich der Beforgnis nicht verschließen, daß die Reichsregierung sich zu einem gefährlichen Spiel hat verleiten lassen.“ Die Presse kennzeichnet diese Kupplung als charakteristisch für die Hinterhältigkeit der deutschen Politik.

Die Kommentare in Völkerbundskreisen lauten gleichfalls ungünstig. Hinzukommt, daß gleichzeitig auf dem Verhandlungstisch Stresemanns Völkerbundnote liegt, die Deutschlands Eintritt mit so viel Reserven und Bedingungen umgibt, daß die polnisch-französische Kritik im Völkerbundsrat nicht erfolglos bleiben wird.

Die Vertreter der kleinen Entente hielten am Dienstag eine vertrauliche Besprechung zur Herbeiführung einer einheitlichen Stellungnahme über den Sicherheitspakt ab. Sie ermägen am Donnerstag nach der Rede Chamberlains auf Grund einheitlicher Richtlinien in die Debatte einzugreifen.

Ein politisches Attentat in Wien.

Wien, 10. März. (W.B.) Der Schriftsteller und Mitarbeiter des „Tag“, Hugo Bettauer, wurde heute nachmittag gegen 4 Uhr in der Redaktion des „Tag“ von einem ihm besuchenden Zahntechniker durch fünf Revolverkugeln schwer verletzt. Bettauer wurde in einer Klinik operiert.

Das Attentat auf den Schriftsteller Hugo Bettauer ruft hier um so größeres Aufsehen hervor, als seine Person wegen der Tendenz von ihm herausgegebener Wochenchriften, deren letzte seinen Namen trägt, im Urteil der Öffentlichkeit stark umstritten ist. Er hat vor Jahresfrist im Mittelpunkt eines vielbeachteten Presseprozesses gestanden. Der Zustand Bettauers, welcher, wie gemeldet, bald nach dem Attentat operiert wurde, ist lebensgefährlich, da eine Kugel die Leber durchbohrt hat. Ueber den Hergang des Attentats wird noch mitgeteilt, daß der Täter, der Zahntechniker Otto Kotsch, als er das Zimmer Bettauers betrat, die Tür von innen verriegelte und sofort die fünf Revolverkugeln gegen ihn abfeuerte.

Wien, 10. März. (W.B.) Das Attentat auf Hugo Bettauer erfolgte nicht in der Redaktion des „Tag“, sondern in der Redaktion der von Bettauer herausgegebenen Wochenchriften. Kotsch äußerte bei seiner Vernehmung durch die Polizei, er habe das Attentat gegen Bettauer, das er schon seit einigen Wochen geplant habe, unternommen, um die Jugend vor dem verderblichen Einfluß der Schriften Bettauers zu schützen.



In der Arbeiterbewegung Deutschlands haben die Bestrebungen, die Warenbedarfsdeckung und Warenproduktion auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage durch selbsttätige Maßnahmen in Form der Errichtung von Konsumgenossenschaften zu organisieren, viele Jahre, ja Jahrzehnte hindurch nur eine recht ungenügende Würdigung und Unterstützung gefunden; der politischen Betätigung wurde gegenüber dem wirtschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiterklasse eine weit überragende Bedeutung beigemessen. Besonders trüb trat diese geringe Würdigung wirtschaftlichen Einwirkens in der Reichshauptstadt in die Erscheinung; während im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts in verschiedenen Gegenden Deutschlands, so in Sachsen, Thüringen, Süddeutschland, bereits vielversprechende Ansätze genossenschaftlicher Organisation zu verzeichnen waren, konnte Berlin damals nur einige kümmerliche, nicht über das Experimentieren hinauskommende Versuche aufweisen. Erst um die Jahrhundertwende regte sich zielklarerer Vorstoß, dem auch nach Jahren zähen Ringens der Erfolg beschieden war. Heute vorn die Arbeiterbewegung Berlins mit Stolz auf eine Konsumgenossenschaft blicken, die einen Platz in der vordersten Reihe der deutschen, ja der Konsumvereinigungen der ganzen Welt sich erworben hat. Im vorigen Jahre beging die Konsumgenossenschaft Berlin das Jubiläum ihres fünfundsiebenzigjährigen Bestehens. Ein Überblick über das Vierteljahrhundert genossenschaftlicher Entwicklung läßt vier sich markant voneinander abhebende Perioden erkennen.

Der erste Abschnitt

umfaßt die Zeit von der Gründung (1899) bis zur Verschmelzung des Berliner Konsumvereins, einer damals im Osten und Nordwesten Berlins wirkenden Schwesterorganisation, mit der Genossenschaft (1908). Diese neun Jahre stellen sich dar als einen ununterbrochenen Kampf um die glatte Eröffnung des Unternehmens. Nach Zeiten leichter Belohnung trafen Rückschläge ein und nur der unerbittlichen Treue einiger Tausende überzeugter Genossenschaftler und der vorläufigen, die Grundzüge der Bewegung niemals außer acht lassenden Maßnahmen der Verwaltung ist es zuzuschreiben, daß die Genossenschaft allen Widrigkeiten zum Trotz vorwärts kam. Das Tempo der Entwicklung war freilich ein äußerst langsames, belief sich doch die Mitgliederzahl in der Millionenstadt nach neunjähriger Wirksamkeit erst auf 10 221 und der Umsatz überstieg in zwanzig Verkaufsstellen knapp die erste Million. Noch ungünstiger sah es um die finanzielle Stärke des Unternehmens aus: die Reserven beliefen sich auf ganze 13 031 M., während die Geschäftsguthaben 75 109 M. betrugen. Scharf hebt sich

Die zweite Entwicklungsphase

(1909—1914) von der ersten ab, gekennzeichnet durch einen geradezu stürmisch zu nennenden Aufstieg. Auf der durch den Anschluß des Berliner Konsumvereins geschaffenen breiteren Basis konnte die Aufnahme der Eigenproduktion ins Auge gefaßt werden. Die Erzeugnisse der am 8. April 1911 eröffneten Bäckerei in Eichenberg fanden derartigen Anklang, daß die Anlagen ständig erweitert werden mußten. Hand in Hand mit der sich steigenden Leistungsfähigkeit ging eine von idealem Schwung getragene, von einheitlichem Geist befehl-

berbetätigt; jede Verkaufsstelle besaß eine oft 30—40 Mitglieder zählende Agitationskommission, daneben wurde die breite Öffentlichkeit durch Versammlungen, Flugchriften mit den Aufgaben der Bewegung bekannt gemacht. Und der Erfolg? Steigerung der Mitgliederzahl in den sechs Jahren von 10 221 auf 86 514, d. h. um rund 74 000; dies bedeutet eine durchschnittliche monatliche Zunahme um mehr als 1000 Mitglieder. Wohl in keiner Genossenschaft ist jemals ein derartig rascher Aufstieg aufzuweisen gewesen. Berlin hatte sich den ihm gebührenden Platz in der deutschen Genossenschaftsbewegung errungen. Die Entwicklung wäre zweifellos auch in den folgenden Jahren in ähnlichem Ausmaß weiter vor sich gegangen, wenn nicht der 1914 ausbrechende Krieg veränderte Verhältnisse mit sich brachte. Die Ausführung der Pläne zur Errichtung einer Schlächterei in Eichenberg, einer Mühle auf einem in Köpenick an der Spree erworbenen Gelände mußte zurückgestellt werden. Gleichwohl war

Die dritte Periode während des Krieges

(1914—1919) keine Zeit des Stillstandes, sondern brachte neue Fortschritte. Wohl wurden Tausende von Mitgliedern zum Heeresdienste eingezogen und damit die Kaufkraft des Mitgliederkreises geschwächt, aber die Bäden wurden ausgefüllt durch Scharen neuer Mitglieder; wohl löste sich infolge der Kriegsverhältnisse der Werbeapparat nach und nach auf, jedoch die volkstraubliche, dem besonders während des Krieges sich breit machenden Wucher des Viehhandels entgegengetretene Wirksamkeit der Genossenschaft öffnete auch der indifferenteften Hausfrau die Augen und führte sie der Organisation zu. Ein Beispiel: Zur Bekämpfung des überhandnehmenden Wuchers mußten die Behörden Höchstpreise fast für jeden Artikel festlegen, auch die Brotpreise fielen unter die Verordnungen — die Genossenschaft war Jahre hindurch in der Lage, ihr erstklassiges Brot unter dem Höchstpreis abzugeben und schützte dadurch nicht nur die Mitglieder, sondern auch die Allgemeinheit vor den sich immer wieder erneuernden, übertriebenen Forderungen der Bäckermeister auf Steigerung der Brot-Höchstpreise. Dies war möglich, obwohl die namentlich geworbene behördliche Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel die Genossenschaft in ihrer vollen Leistungsfähigkeit behinderte, da sie ihrer vortheilhaftesten Stellung als Großverkaufer verlustig ging. Das Ergebnis der äußeren Entwicklung während der Kriegszeit war, daß die Mitgliederzahl von 86 000 auf 116 000, also um 30 000 anwuchs.

Die vierte Periode

(1919—1924) die Nachkriegs- und Inflationszeit umfassend, stellte die gesamte Genossenschaftsbewegung vor die allergrößten Schwierigkeiten. Als wirtschaftliches Unternehmen ist der Konsumverein abhängig von der Gestaltung der Gesamtwirtschaft seines Landes; durch den Währungsverfall geriet die deutsche Wirtschaft in ein Chaos, das jedem Unternehmer harte Wunden schlug. War es in den Jahren 1919/20 die enorme Arbeitslosigkeit, die die genossenschaftliche Entwicklung hemmte, so brachte in den folgenden Jahren die Währungsmisere mit ihrem Höhepunkt: 1 Billion = 1 Goldmark nicht zu vermeidende Substanzverluste, die manche Genossenschaft zwingen, ihren Betrieb einzustellen. Die Berliner Konsumgenossenschaft hat auch diese Zeit der Bedrängnis relativ gut überstanden und durch ihre hervorragenden Leistungen auf dem Gebiete der Warenverforgung in jenen Zeiten der Warenknappheit weitere Tausende neuer Mitglieder an sich gezogen, zum Teil aus Schichten der Bevölkerung, die früher der

Genossenschaft abgeneigt gegenüberstanden. Der Abschluß der vierten Entwicklungsphase fällt mit der Währungsstabilisierung zusammen; die Goldbilanz von 1924 zieht einen Strich unter die verwirrenden Verhältnisse der Inflation und veranschaulicht den inneren Stand der Genossenschaft in der Gegenwart. Sie zeigt die ungebrochene Stärke des Unternehmens, das nun auf festem Boden die Erfüllung neuer Aufgaben vorbereiten kann.

Die folgende Tabelle gibt eine zahlenmäßige Darstellung der vier Entwicklungsphasen, ergänzt durch die Ergebnisse des ersten Geschäftsjahres:

Table with 7 columns: Geschäftsjahr, Mitgliederzahl, Umsatz, Zahl der Verkaufsstellen, Geschäftsguthaben, Reserven, Sparteinlagen. Rows for years 1899/1900, 1908/09, 1913/14, 1918/19, 1923/24.

Die offenen Reserven der Bilanz 1923/24 in Höhe von 1 147 997 Goldmark zeigen am sinnfälligsten die finanzielle Kraft der Organisation; gegenüber dem Vorkriegsstand ist eine Verzehnfachung eingetreten. Rückständig sind allein die Geschäftsguthaben und Sparteinlagen der Mitglieder als Folge der Inflationseinwirkungen.

Die Aufwertung

der der Genossenschaft zur Verfügung gestellten Gelder erfolgte durch Generalversammlungsbefehl in der Weise, daß den Mitgliedern 15 Proz. des Goldwertes ihrer Geschäftsguthaben und 20 Proz. der Sparteinlagen erhalten blieben; mit dieser Aufwertung ist die Genossenschaft weit über das hinausgegangen, was private und behördliche Geldinstitute allgemein zu gewahren vermöchten und auch über die Höhe der meisten übrigen Genossenschaften. Ein großer Teil der Konsumvereine hat die bis Ende 1923 eingezahlten Geschäftsanteile reiflos den Reserven überwiesen, andere haben, was ziemlich gleichbedeutend ist, eine Billion als eine Goldmark bewertet und nur ein kleiner Teil vermochte ähnlich zu verfahren wie die Konsumgenossenschaft Berlin. Und wie sieht es mit der Aufwertung in der privatkapitalistischen Wirtschaft aus? Das in Reichs-, Staats- und kommunalanleihen angelegte Kapital kann als verloren gelten; eine Aufwertung von mehr als fünf Prozent liegt, trotz aller Versprechungen der Rechtsparteien, außerhalb des Bereichs der Möglichkeit; das gleiche gilt für die den kommunalen Sparkassen anvertrauten Gelder. Auch die in den Aktien der großen kapitalistischen Gesellschaften angelegten Mittel sind meist ähnlich entwertet; Zusammenlegungen der Aktien bei der Goldmarkteröffnungsbilanz von 10, 20, 50, ja 100 und mehr zu 1 zeigen, daß dort die Aufwertung 1—10 Prozent beträgt und nur vereinzelt darüber hinausgeht. Bei der Anlage in Hypotheken ist die Höchstgrenze der Aufwertung durch Verordnung auf 15 Prozent festgelegt. Wenn die Genossenschaft ihre Sparteinlagen mit 20 Proz. aufwertet, so hat sie damit das Vertrauen der Mitglieder glänzend gerechtfertigt. Besonders hervorzuheben ist, daß die aufgewerteten Einlagen den

Der Apfel der Elisabeth Hoff.

42] Von Wilhelm Hegeler. Ihr Mann hatte im Verlauf ihrer stockenden Worte, wie um seine Aufmerksamkeit zu zwängen, mit Daumen und Mittelfinger seine Augen zugedrückt. Nun als sie schwieg, wiederholte er, nach seiner Gewohnheit, umständliche Berichte seiner Patienten zusammenzufassen, kurz und klar, aber mit einem höhnischen Unterton, das, was sie gesagt hatte: sie hätte, obwohl verlobt, sich mit den beiden Herren so intim eingelassen, daß diese sich in sie verliebt, und sie dann weiter durch verschiedene Gunstbezeugungen zu dem Glauben verführt, Anrechte auf sie zu haben. Die Folge sei die wüste Szene im Wirtshaus und das Duell gewesen, welches allen Bestimmungen des Ehrenkodex Hohn spreche. Ob es sich so verhielte? Ja, es verhielt sich so... wie der Tatsachenbericht des Untersuchungsrichters zum Geständnis des Angeklagten. Fremd! dachte sie. Fremd! In unserer ganzen Ehe immer fremd. Er fragte, warum sie ihm weder vor noch während ihrer Ehe je ein Wort davon gesagt hätte? „Wohl darum nicht,“ erwiderte sie leise, „weil ich ahnte, daß du es so auffassen würdest, wie du es jetzt aufgefaßt hast.“ Er zuckte nur die Achseln, zum Zeichen, daß er sie nicht verstände. Nach einigen Augenblicken des Schweigens wiederholte er seine Frage. „Ich habe es dir sagen wollen. Ich hab's auch versucht. Aber du hast mir ja nie geholfen.“ „Es ist allerdings recht schwierig, etwas in Erfahrung zu bringen, von dessen Vorhandensein man keine Ahnung haben konnte. Dieser Versuch, mir die Schuld zuzuschreiben —“ „Ich schiebe dir nicht die Schuld zu und will mich nicht entschuldigen. Ich war feige. — Aber... sage mir, hast du jemals etwas begangen, was dich bedrückte und was du gern gestanden hättest, deinen Eltern etwa?“ „Was soll das? Das gehört nicht hierher.“ „Ich meine nur: dann wüßtest du vielleicht, wie schwer so etwas auf einem liegt, wie gern man sich davon befreien möchte und... wie man's schließlich doch nicht kann.“ „Wenn du mir offen und ehrlich die Wahrheit eingestanden hättest —“

„Ach ja, offen und ehrlich...“ murmelte sie. „Dann hätte ich dir verziehen. Damals hätte ich es getan. Das weiß ich.“ „Ich will mich nicht entschuldigen,“ wiederholte sie. „Ich war feige. Aber ich hatte auch das Gefühl, es läge dir gar nicht daran zu wissen, wie's wirklich in mir aussah. Du hattest dir ein ganz bestimmtes Bild von mir zurechtgemacht, als von einer Frau, deren Leben von den Haushaltungsvorgängen und den Sorgen für die Kinder ausgefüllt ist und die im übrigen zufrieden ist. Und wenn dann etwas diesem Bild widersprach, dann wurdst du gereizt und ungeduldig. Hättest du mir nur einmal zugehört, nicht nur mit dem Verstand, sondern mit der Hellhörigkeit des Herzens, dann hättest du vielleicht gemerkt, daß vieles in mir ganz anders war und daß ich nicht so glücklich war, wie du glaubtest. Aber dazu kam es nie. Und so blieb auch dies unausgesprochen.“ „Also die unverstandene Frau!“ Aber er hatte diese Worte kaum gesagt, als sie ihm auch schon leidtat. „Die unverstandene Frau. Da hast du nun deine Formel. Aber — und wieder war es, als spräche sie nicht zu ihm, sondern irgendwem, zu jemandem Fernem — „was sucht denn eine Frau in ihrem Mann? Er soll über ihr stehen, er soll ihr ein Halt sein, aber zugleich soll er auch alles Dunkel in ihr verstehen. Ich glaube, eine Frau erlebt lieber von ihrem Mann eine Enttäuschung und verzeiht ihm einen großen Schmerz, wenn er dafür nur ihr mißfälliger Freund wird.“ Zu leicht wäre dieser Verdacht, dieser festsessende Berg von Verdacht, der eben noch sein Vertrauen begraben hatte, zusammengebrochen und es hätte sich zu schnell in entschuldigen, längst vergangenen Fehl verwanandelt, was eben noch seine Ehe zerstört, als daß er der Hoffnung Raum geben dürfte, dachte Hoff. Und dennoch — vieles hatte ihn getroffen, hatte Ähren in ihm zum Aufspringen gebracht und selbstantladerische Stimmen zum Reden. Er schwieg verwirrt, blickte sie an, ein milderes, einlenkendes Wort schon auf der Zunge — aber etwas an ihr, nicht Bestimmtes, aber von starker Magie, eine fremde, gefährliche Schönheit, die ihn lockte wie ein Köder und ihn verwundete wie der stachelige Widerhaken darunter, hieß ihn schweigen, hieß den Verdacht wieder hervorgeren. „Du hast mir das verschwiegen. Gut. Aber wie konntest du danach noch mit Rysed so freundschaftlich verkehren? Wie konntest du jetzt mit ihm diese Autofahrt machen?“

„Ich wollte ihn hier mit Margret zusammenbringen. Erinnerung dich doch, ich dachte, Margret wäre die richtige Frau für ihn.“ „Und wo ist sie?“ „Sie konnte nicht kommen.“ „Natürlich! Sie konnte nicht!“ „Jawohl! Sie schrieb mir das hierher. Da ist ihre Karte.“ Elisabeth sprang auf, suchte auf dem Tisch, wühlte zwischen den Briefschaften, den Spielsachen der Kinder. „Eben lag sie noch da —“ „Sie wird wohl ebenso verschwunden sein wie dein Herr Rysed.“ „Da ist sie.“ Verächtlich warf sie ihm die Karte hin. Er las sie, prüfte mißtrauisch den Poststempel, stand ungeschlüssig, halb schon geschlagen und dennoch sich an einen letzten Zweifel klammernd. „Das also wäre der Grund?“ murmelte er. „Ich glaube, Margret wäre die richtige Frau für ihn. Ich habe mich geirrt. Er will von ihr nichts wissen. Gestern abend, nach einem Spaziergang, hat er mich an dieselbe Bank geführt, wo er mir damals eine Liebeserklärung gemacht hat — und da hat er mir gesagt —“ „Hat er dir gesagt —?“ „Daß er mich noch immer liebt. Genau so wie vor zehn Jahren.“ „Dieser Bube hat dir eine Liebeserklärung gemacht?“ „Jawohl. Eine Liebeserklärung hat er mir gemacht. Und hat mich geküßt. Und ein Bube ist er darum noch lange nicht.“ „Er ist ein ehrlicher und heimtückischer Bube. Am letzten Abend sprach ich noch mit ihm. Ich habe ihm gesagt, wie viel ich ihm anvertraute. Wäre er ein anständiger, ehrlicher Mensch, dann hätte er mir sagen müssen, wie er zu dir stand.“ „Hätte er das tun müssen?“ „Jawohl als anständiger Mensch.“ „Ach höre doch auf mit deiner Anständigkeit! Es gibt wertvollere Dinge als das. Er liebt mich! Als wenn die Liebe danach fragte, ob sie lieben darf. Mir ist nur wichtig, daß er mich liebt. Er ist in seiner Art ein ebenso anständiger und ehrlicher Mensch wie du. Aber wenn er auch ein Schuft wäre, was täte das, wenn er mich liebt!“ „Und du... liebst du ihn wieder?“ (Fortsetzung folgt.)

Mitgliedern bereits im Jahre 1927 zur freien Verfügung stehen, während in anderen Institutionen die Gelder, die die Leiche mit fünf Proz. aufgewertet werden, erst im Jahre 1932 zurückgefordert werden können; weiter ist zu erwähnen, daß die Verzinsung der aufgewerteten Einlagen in der Genossenschaft vom 1. Januar 1925 ab zum vollen Zinssatz von 6 Proz. erfolgt (anderwärts sind 2 Proz. mit jährlichen Steigerungen von 1 Proz. in Aussicht gestellt). Diese Gegenüberstellung zeigt, daß wohl nirgends das Vertrauen bei der Anlage von Geldmitteln eine bessere Rechtfertigung erfahren hat als in der Konsumgenossenschaft. Daß dies auch von den Mitgliedern gewürdigt wird, zeigt der trotz der schlechten Erwerbsverhältnisse erfolgende Neuzugang von Spareinlagen seit dem 1. Juli 1924 im Betrage von mehr als einer halben Million Mark.

Die Gegenwartsgestaltung

der Konsumgenossenschaftlichen Warenvermittlung wird am besten beleuchtet durch Wiedergabe der Umsätze im ersten Kalenderjahr nach der Stabilisierung (Januar-Dezember 1924):

Januar	2 014 094	April	1 687 346
Februar	2 117 997	Mai	2 010 269
März	2 293 618	Juni	2 057 482
April	2 283 880	Juli	2 344 281
Mai	2 295 000	August	2 807 268
Juni	1 897 315	September	2 835 094

Das zweite Halbjahr zeigt bereits ein nicht unerhebliches Plus gegenüber dem ersten. Der Gesamtumsatz 1924 mit 26 074 470 M., gegenübergestellt dem Umsatz des Geschäftsjahres 1913/14, das als Vergleich aus normalen Wirtschaftszeiten herangezogen werden kann, mit 17 356 260 M., ergibt eine Steigerung von 50 Proz.

Es geht also unverkennbar aufwärts; alle Kräfte werden nur darauf zu konzentrieren sein, die durch Krieg und Inflation beeinträchtigte Entwicklung wieder dem Tempo der Vorkriegszeit zu nähern. Berlin bietet hierfür unbeschränkte Möglichkeiten, denn erst der sechste Teil der Bevölkerung ist für die Genossenschaft gewonnen; auch innerhalb der Genossenschaft gilt es, die während der Inflation aus rein materiellen Interessen zur Genossenschaft Bekommenen zu innerlich überzeugten Mitgliedern zu erziehen. Diese Arbeit kann aber nur geleistet werden, wenn die Ziele, die man von kommunistischer Seite in die Bewegung hineinzutragen sich bemüht, gebannt wird und jener Geist die Führung behält, der in der Genossenschaft kein Parteinstrument, sondern eine praktische Lösung der Frage der Gemeinwirtschaft des Sozialismus erblickt. Die Erziehung des einzelnen durch die Praxis bietet allein die Bürgschaft für eine Durchdringung und endliche Beherrschung der Wirtschaft im sozialistischen Sinne.

Butterpreise.

Am Großhandel fangen die Butterpreise wieder an zu flattern. In den Detailpreisen hat sich das bisher noch nicht ausgewirkt, aber sicherlich wird das Hin- und Her der Großhandelspreise letzten Endes auch auf die Preise für Butter im Einzelverkauf nicht ohne Einfluß bleiben. Die Gründe für diese Steigerung liegen auf der Hand. Während der Fettstoffsumme immer noch weit hinter dem der Vorkriegszeit zurückbleibt, ist der Verbrauch der Butter erheblich gestiegen. Die Margarine erfreut sich der größten Beliebtheit bei den Volksmassen. In der Kriegszeit und in der Nachkriegszeit, in der heute ziemlich knapp waren und in der Margarine die fehlende und zu teure Butter ersetzen mußte, wurden derartig minderwertige Margarinequalitäten hergestellt, daß dadurch eine sehr schwer zu überwindende Abneigung gegen Margarine entstanden ist. Sie kann auch nicht dadurch überwunden werden, daß die Margarinefabriken von Auf verschanden, durch Herstellung von Qualitätsware Propaganda für einen stärkeren Margarineverbrauch zu machen. Die Butterpreissteigerung hat ihre Ursachen in erster Linie darin, daß die Zylinderpreise infolge der steigenden Futtermittelpreise in der letzten Zeit in die Höhe gegangen sind. Dementsprechend geht auch die Preisstufe für die Milchprodukte in die Höhe. Es kommt dann noch hinzu, daß erheblich geringere Mengen in der letzten Zeit verbuttert wurden, wie sich aus dem Mangel an Milch, über den wir hier ja schon mehrfach berichtet haben, ergibt. Außerdem ist jetzt die Zeit, in der die Milchherstellung der Kühe ohnehin nachläßt und dann kommt noch hinzu, daß spekulative Einflüsse, die sich stets bei dem Hyrammen eines Festes (in vier Wochen ist Ostern), das einen verstärkten Butterverbrauch zur Folge hat, zeigen, auch hier an Werke sind. Wenn die Preise im Einzelhandel steigen, so ist damit von selbst bei dem heutigen Konsumstand ein Nachlassen des Butterverbrauchs und damit ein Nachlassen der Butternachfrage gegeben, um so mehr, als selbstverständlich die steigenden Butterpreise Veranlassung geben werden, eine stärkere Verbutterung der überschüssigen Milch vorzunehmen. Es fragt sich allerdings, ob die spekultativen Einflüsse dann so stark sein werden, daß sie trotz des verstärkten Angebots und trotz verringertem Nachfrage eine Preisentwertung verhindern können. Und hierbei spielen natürlich einmal die Geldverhältnisse und dann die Tatsache, daß Butter als leichtverderblicher Artikel sehr schnell verkauft werden muß, eine große Rolle.

Neue Straßenbahnverbindungen nach Teltow.

Zur Verbesserung der Verkehrsverbindungen nach und von dem Teltower Industriegebiet wird vom 12. März d. J. ab die jetzt in Lichterfeld-Süd, Wismarer Str., Ecke Berliner Str., endende Linie 177 an Werklagen durch die Berliner Str. bis zum Schuppenplatz in Teltow verlängert. Es wird ein Jehnminutenverkehr bis Lichterfeld-Süd und ein Zwanzigminutenverkehr bis zum Schuppenplatz in Teltow eingerichtet. Die Linie 77 verkehrt vom gleichen Tage an ebenfalls in Abständen von 10 Minuten bis Lichterfelder Chauffee und alle 20 Minuten bis Drafsdorf. Die Züge beider Linien ergänzen sich zwischen Bahnhof Zoologischer Garten und Steglitz zu einem Fünfminutenverkehr. Zunächst wird wegen Bauarbeiten an der Eisenbahnüberführung am Hindenburgdamm (Händelplatz) auf der Linie 177 ein Pendelverkehr eingerichtet zwischen Bahnhof Zoologischer Garten und Steglitz, Lichterfelder Chauffee, und jenseits der Eisenbahnbrücke zwischen Händelplatz und Lichterfeld-Süd bzw. Teltow eingerichtet. Die Fahrgäste steigen an der Baustelle auf die anschließenden Wagen über. Aus demselben Anlaß wird die Linie 74 vom Händelplatz bis zum Straßenbahnhof Lichterfelder Chauffee und die Linie 56 von der Lichterfelder Chauffee vorübergehend bis zum Bahnhof Steglitz zurückgezogen. Am 12. März wird gleichzeitig unter Fortfall des Pendelverkehrs in der Betriebsführung, der durchgehende Betrieb auf der Linie 45 wieder aufgenommen.

Otto Silliers letzte Fahrt.

Otto Sillier, der fast 30 Jahre lang Vorsitzender des Bundes der Photographen, Steinbrücker und verwandten Berufe und ein aufrichtiger Kämpfer für die Interessen der Arbeiter war, ist eingegangen zur ewigen Ruhe. Was an ihm herrlich war, ist in den Nachmittagsstunden des 9. März auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde in der Pappelallee beigesetzt worden. Eine zahlreiche Trauergemeinde gab Otto Sillier das letzte Geleit, und die reichen Blumenspenden zeugten von der Achtung, die sich der Verstorbene in seinem arbeitsreichen Leben erworben hat. Nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland hat die Kunde von Otto Silliers Ableben höchste Anteilnahme erweckt und letzte Grüße gebracht. Der holländische Vertreter legte im Namen der Berufsinternationale ebenfalls einen Kranz am Sarge nieder. Auch Norwegen hatte einen Kranz gesandt. Nachdem die langgestundigen Mitarbeiter Otto Silliers ein Aed des Abschieds genommen hatten, würdigte der letzte erste Verbandsvorsitzende und Stadtordeanwärtliche Hahn noch einmal das Volk und Wirken des Verstorbenen. Otto Sillier war Mutig und Führer; er war aber auch ein guter Mensch, dessen lauterer Charakter seinen Zweifel zuließ. Die großen Kämpfe, die der Verband mit dem Unternehmertum ausfechten mußte, brachen

auch seine Kräfte, deren Rest der Ausbruch des Krieges verschlang. Eine Erholung vermochte die Kräfte nicht wieder herbeizubringen, die riesengroße Verantwortlichkeit im Dienste der proletarischen Interessenerweiterung verschlang hatte. Und wenn Otto Sillier schneller in das Reich des Todes eingegangen ist, als seine Freunde annahmen, so ist auch das in seinem ausgeprägten Pflichtgefühl begründet, das ihn mitten in den Reichstagswahlkampf im November hineinführte. Eine in diesem Wahlkampf zugezogene Ersäufung vollendete das begonnene Fortschreiten. Die Arbeiterschaft verbandt Otto Sillier viel, der sie zur Organisation und zur Vertiefung ihrer Interessen aufrief, und die Arbeiterschaft weiß auch sein Werk zu schätzen. In seinem Sinne weiterzuarbeiten, war das Gebotnis seiner Kampfgenosse aus dem Beruf, der Partei, der Freireligiösen Gemeinde und allen jenen Arbeiterorganisationen, denen er seine Kraft und seine Unterstützung geliehen hat.

Zur Wahl des Reichspräsidenten

ist der schwäbische Verleumdungsfeldzug gegen die republikanische Bevölkerung nunmehr durch die

Monarchisten und Kommunisten

auf der ganzen Linie in strupelsofer Weise eröffnet. Die Sozialdemokratische Partei muß diesem verbrecherischen Treiben wiederum mit größter Energie entgegenreten.

Freiwillige Beiträge

zur erfolgreichen Führung dieses Kampfes durch die SPD. in Berlin sende deshalb jeder, der es irgend kann, schnell und reichlich an die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S. 14, Wallstraße 65, oder auf Postkontonr. Nr. 48743 an Alex. Pagels, Berlin S. W. 68, Lindenstraße 3.

Justizbeamte auf der Anklagebank.

Sie „fortgieren“ das Recht.

Ein ganzes Bündel von Amtsverbrechen der schwersten Art werden den Justizobersekretären Georg Birkholz und Fritz Rebel zur Last gelegt, die sich vor dem Erweiterten Schöffengericht Mitte zu verantworten haben. Die Verfehlungen dieser beiden Beamten stellen das umfangreichste Strafverfahren dar, das bisher gegen Justizbeamte vor Gericht anhängig gewesen ist. Den Angeklagten wird nicht nur Betrug und Unterschlagung, sondern auch Falschbeurkundung, Vernichtung von Akten, falsche Ausfertigung von richterlichen Verfügungen und Haftentlassungsbefehlen vorgeworfen.

Beide waren Justizobersekretäre bei der Strafabteilung 197 des Amtsgerichts Mitte in der Dirschstraße. Diese Abteilung hat die Straffachen im beschleunigten Verfahren zu behandeln und es werden ihr Angeklagte vorgeführt, die auf früher Tat ergriffen und gefänglich sind. Die beiden Beamten haben nun von den Angeklagten in vielen Fällen Geldes angenommen und vorgegeben, daß der Richter nachträglich Bewährungsfrist verfügt habe. Die Gelder haben sie in ihre eigene Tasche gesteckt und in den Akten Vermerke gemacht, daß die Bewährungsfrist gegen Zahlung einer Gebühr gewährt worden sei. Mit falschen richterlichen Verfügungen haben sie auch die Haftentlassung bewirkt, ebenso haben sie Quittungen der Gerichtsstelle angefertigt. In einer großen Zahl von Fällen haben sie von der Postkasse des Polizeipräsidiums teils selbst, teils durch Justizwachmeister die den vorläufig Festgenommenen abgenommenen Geldbeträge und anderen Gegenstände abholen lassen, angeblich auf Anforderung des Richters. Es ist üblich, daß diese Beträge vom Gericht zur Deckung späterer Gerichtskosten in Anspruch genommen werden. Die beiden ungetreuen Beamten haben jedoch die Wertgegenstände für sich behalten und in den betreffenden Aktenstücken vermerkt, daß keinerlei Vermögen vorhanden war. Bei der nach Aufdeckung der Verfehlungen angestellten Revision hat sich ergeben, daß auch in einer Reihe von Fällen von den Angeklagten Geldbeträge, die vom Richter verfügt worden waren, entzogen wurden, aber nicht an die Gerichtsstelle abgeliefert worden sind. Mehrfach wurden bei den falschen Verfügungen über die Aufhebung der Strafhaftung gegen Stellung einer Kaution die Unterschritten anderer Justizobersekretäre der Abteilung 197 verwendet. Eine große Zahl von Akten sind überhaupt verschwunden. Bei Birkholz wurden bei der Hausdurchsuchung in der Wohnung noch zahlreiche Aktenstücke vorgefunden. Vor Eintritt in die Verhandlung richtete Landgerichtsdirektor Wehge an die Angeklagten die erste Mahnung, ein offenes Geständnis abzugeben. Er empfand es bedauerlich, daß er als Richter des Amtsgerichts Mitte hier gegen Beamte desselben Amtsgerichts zu Gericht sitzen müsse. Wenn die Angeklagten aber noch irgendwelche Milderungsgründe für sich in Anspruch nehmen könnten, so würden sie damit nur Erfolg haben, wenn sie ohne Beschönigung ein freies, offenes Geständnis ablegten. Trotz dieser Mahnung leugnete aber Birkholz, der zunächst vernommen wurde, seine Taten in jeder Weise zu verschleiern. Nach eingehender Beweisaufnahme kam das Schöffengericht zu einer Verurteilung des Justizobersekretärs Birkholz zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust wegen schwerer Urkundenfälschung im Amt, Betrug, Aktenunterschlagung und falscher Beurkundung. Justizobersekretär Rebel wurde wegen Unterschlagung im Amt und Betrug zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis verurteilt. Sechs Monate wurden beiden Angeklagten auf die Unterbringungshaft angedreht. Rebel nahm seine Strafe sofort an, so daß das Urteil gegen ihn rechtskräftig wurde.

Nord und Selbstmord. Von seiner Arbeit heimkehrend fand der Arbeiter Adalbert Hojak gegen vier Uhr nachmittags in seiner Wohnung in der Dudenröderstraße 32 seine 60 Jahre alte Witwe, die Frau Auguste Becker und seinen fünfjährigen Sohn Max mit Gas vergiftet tot auf. Aus hinterlassenen Briefen der B. geht

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 11. März.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
3.30 Uhr nachm.: Die Funkprinzessin erzählt: Griechische Sagen des klassischen Altertums, bearbeitet von G. Schwab. 1. Prometheus. 2. Phaeton. 3. Perseus. (Die Funkprinzessin: Adels Prossler). 4.30-6 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 6.40 Uhr abends: Hans-Brodow-Schula. (Abteilung: Bildungskurse). Handel-Privathandelslehrer Franz Fischer: „Grundzüge des Wechselwesens“. 6. Vortrag: Wechselkurs, Protest und Roggen. 7 Uhr abends: „Lotto will einen Beruf ergreifen“. Ansprache an die vor der Schulentlassung stehenden Mädchen. Von Berufsberaterin Emilie Herrmann. 7.15 Uhr abends: Einführung zum Sonderspiel. 7.30 Uhr abends: Sonderspielbühne. Abteilung: Oper. Leitung: Cornelia Bronsgeest. XI. Veranstaltung. Die lustigen Weiber von Windsor, komisch-phantastische Oper in drei Akten. Text nach Shakespeare von H. S. Mosenthal. Musik von Otto Nicolai. Für den Rundfunk eingerichtet von O. Bronsgeest. Dirigent: Selmar Meyrowitz. Sir John Falstaff: Leo Schützendorff; Herr Pluth: Cornelia Bronsgeest; Herr Reich: Dirk Magré; Penon: Maximilian Williamsky; Junker Späthlich: Waldemar Henke; Doktor Cajus: Rudolf Kraus; Frau Pluth: Violetta Schadow; Frau Reich: Jessyka Kätrick; Jungfer Anna Reich: Charlotte Lindemann. Bürger, Elfen und Geister. Ort der Handlung: Windsor. Zeit: 17. Jahrhundert. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theaterdienst.

hervor, daß Verleumdungen von dritter Seite das Motiv zu der Tat sind. Die Leichen wurden dem Schauhaus zugeführt. — In seiner Wohnung in der Dirschstraße 47 hat sich gestern vormittag die 82 Jahre alte Witwe Wilhelmine Töpfer am Kleiderhaken erhängt. Der Grund ist in geistiger Umnachtung zu suchen.

Das „Geständnis“ des Geisteskranken.

Unter der Selbstbezichtigung, die Frau Altermann in der Langer Straße ermordet zu haben, erschien gestern ein 24 Jahre alter Arbeiter Sigismund Brodezewski auf der Wache des 48. Polizeireviere am Wedding. Er wurde der Nordkommission vorgeführt und eingehend verhört. Seine Angaben stimmten jedoch in keiner Beziehung zu dem festgestellten Tatbestand und Befund und waren so verworren und unsinnig, daß man bald erkannte, es mit einem Geisteskranken zu tun zu haben. Es wurde ferner festgestellt, daß sich der Mann schon einmal fälschlich eines Mordes beschuldigt hat. Er wurde der allgemeinen Sicherheitspolizei zur Unterbringung in einer Anstalt übergeben.

Schweres Eisenbahnunglück bei Bukarest.

12 Tote, 28. Schwerverletzte.

Budapest, 10. März. In der Nähe von Bukarest, unweit der Station Clusla, ist gestern infolge falscher Weichenstellung ein Lastzug mit einem gemischten Zug zusammengestoßen. Fast alle Waggons wurden zertrümmert. 12 Soldaten wurden getötet, 28 Personen lebensgefährlich verletzt.

Sport.

14. Berliner Sechstagerrennen.

Perhyn-Verfehlungen behalten weiter die Führung.

Die Drei-Uhr-Nachmittagswertung am Dienstag zeigte die Mannschaft Perhyn-Verfehlungen in großer Form. Während die an zweiter Stelle liegenden Hahn-Lieg in dieser Wertung nur zwei Punkte herausfahren konnten, konnten Perhyn-Verfehlungen 22 Punkte auf sich vereinen. Auch die italienische Mannschaft, die eine Runde zurückliegt, konnte zweimal den ersten und dreimal den zweiten Platz belegen. Die an dritter Stelle liegende Mannschaft Debaets-Thollambeek eroberte nicht einen Punkt. Van Kempen-Bauer, ebenfalls eine Runde zurück, holten sich 10 Punkte. Die Spurts brachten folgendes Ergebnis: 1. Spurt: 1. Tonani vor Perhyn, Radben und Weber. 2. Spurt: 1. Verfehlungen vor Diori, Gottfried und Lorenz. 3. Spurt: van Kempen vor Tonani, Perhyn und Radben. 4. Spurt: 1. Verfehlungen vor Rünzner, Lorenz und Saldow. 5. Spurt: 1. van Kempen vor Tonani, Perhyn und Lieg. 6. Spurt: 1. Verfehlungen vor Tonani, Lorenz und Hahn. Gleich nach Ausfahren der Spurts wird am Transparent bekannt, daß Verfehlungen 50 Mark Geldstrafe wegen Behinderung erhält. Das nur schwach gefüllte Haus beantwortete diese Kritik sehr sanft. Die Mahnung des Rennaussehens mit Dohlen und Weisern und verlangt Strafrunden. Verfehlungen aber behält sogar den Mut zum Protest. (1)

Die 10-Uhr-Abendwertung.

Bei Wertungsbeginn (120. Stunde) sind insgesamt 3 139 320 Kilometer vom Felde zurückgelegt. Die Spurts brachten folgendes Ergebnis: Erster Spurt: Erster van Kempen vor Lieg, Verfehlungen und Gottfried. Zweiter Spurt: Erster Hahn vor Bauer, Rünzner und Tonani. Dritter Spurt: Erster Gottfried vor Techner, Thollambeek und Verfehlungen. Viertes Spurt: Erster Perhyn vor Tonani, Hahn und Bauer. Fünftes Spurt: Erster Verfehlungen vor Lorenz, Thollambeek und Weber. Sechster Spurt: Erster Perhyn vor Lieg, van Kempen und Tonani.

Inmitten der Wertung verlor Lieg zweimal auszureifen. Doch gelang es ihm nicht, vom Felde abzukommen. Nach Beendigung der Wertung zieht van Kempen in sabbhaftem Spurt davon. Trotz aller Anstrengung und guter Abföhung kann er keinen nennenswerten Erfolg buchen. Beinahe sieben Rünzner-Gottfried dieser Jagd mit einem weiteren Kundenverlust zum Opfer. Doch Gottfried ist auf dem Posten und rettet die Situation.

Der Stand des Rennens nach der 10-Uhr-Abendwertung ist nun folgender: Erster: Perhyn-Verfehlungen 166 P., Zweiter: Hahn-Lieg 128 P., Dritter: Debaets-Thollambeek 51 P., eine Runde zurück: van Kempen-Bauer 172 P., Diori-Tonani 124 P., zwei Runden zurück: Lorenz-Galle 67 P., Radben-Saldow 57 P., Weber-Krupat 32 P., sieben Runden zurück: Rünzner-Gottfried 61 P., Stellbrint-Techner 38 P. — Beachtenswert ist, daß die führende Mannschaft Perhyn-Verfehlungen ihren Punktvorsprung gegenüber der an zweiter Stelle liegenden Mannschaft Hahn-Lieg erheblich vergrößern konnte.

Gründungsrennen auf der Olympia-Radrennbahn. Noch toll das 14. Berliner Sechstagerrennen über die Bahn des Sportplatzes und schon sind die Vorbereitungen für die Gründungsrennen auf der Olympia-Radrennbahn in vollem Gange. Die Rennen am 16. März, nachmittags 3 Uhr, nach. In diesen Rennen sind bereits die Deutschen Wemmen und Weh, der Italiener Vorboni und der für Berlin neue Franzose Jahn (ehemaligster). Mit einem guten Starten Dauerfahrer haben die Verhandlungen vor dem Abschluß. Drei Fünfterrennen verpöhländigen das Programm.

Treptow eröffnet eine Rennschule. Der Weltmeister Walter Hill und der Besitzer der Radrennbahn Treptow, Direktor Paul Schwarz, wollen eine Rennschule im Interesse des deutschen Radports ins Leben rufen. Am Sonntag, 16. März soll eine Vorprüfung der sich für diese Schule Melbenden von Ratten gehen. Die Prüfung erfolgt auf der Hauptbahn über 1000 Meter. Alle diejenigen, die diesen Teilnehmen wollen, müssen bis zum 12. März ihre Anmeldung an das Bureau der Radrennbahn Treptow richten. Nähere Auskunft erteilt. Jeder, der das 17. Lebensjahr überschritten hat, ist meldeungsberechtigt. Näheres lernen haben die Einwilligung der Eltern beizubringen. Die „Beherliche“ werden in Berufsgruppen eingeteilt. Selbstverständlich können sich auch Ungeleitete melden. Jeder muß bei der Anmeldung seinen Beruf angeben. Ferner muß das Alter, die genaue Adresse und die Adresse (ob Schul-, Traht- oder Straßenverkehrs) mitgeteilt werden. Für die Prüfung ist Straßenzug 6010 ritt. Der Kursus soll über 4-6 Wochen gehen. Die Schulprüfung ist gelegentlich eines großen Radrennens auf der Treptower Bahn vorgelesen. Der Sieger soll als besonderer Auszeichnung eine Urkunde erhalten mit einer taglichen Rente von 10 M., die erfolgslos gezahlt erhält, als er im Besitz der Urkunde ist. Späterhin jedoch bis zum Ende des Jahres 1925. Für den Kursus ist die Mitgliedschaft in irgend einem Verband sowie Vermögensnachweise nicht nötig. Erst nach Beendigung ist es dem Teilnehmer freigestellt, eigene als „Maler“ oder Berufsfahrer zu beantragen. Die Anmeldungen müssen umgehend vorgenommen werden.

Jugendveranstaltungen.

Abteilung, Bezirksjugendkommissionen! Wachen, Donnerstag, abends 8 Uhr 15 Uhr im Jugendheim Eintracht, 3. Sitzung. Abteilungsleiter, erst die April-Programme ab, nehmt die noch ausstehenden Abrechnungen vor, halt die Karten zur Frühjahrsfeier ab. Abteilungsleiter! Wachen, Mittwoch, von 5-7 Uhr Abrechnung und Ausgabe der Beitragskarten. Ausgabe der „Jugend wachen“ und der „Arbeiter-Jugend“.

Abteilungsleiter! Es sind noch verschiedene Gewinne abzuholen. Wer die Freizeit dieser Woche sein Los nicht unterläßt, verliert sein Recht auf den Gewinn.

Heute, Mittwoch, den 11. März, abends 7 1/2 Uhr:

Wedding: Schule Rudow, Ecke Unterdamm. Vortrag: „Selbstheilung.“ — Weichenverfehlungen Charlottenburger, Ecke Wollfstraße, Vortrag: „Die Geschichte der SPD.“ — Lichterfelder Jugendheim Wollfstraße, Vortrag: „Unser Wachen.“ — Wacker: Schule Charlottenburger, Vortrag: „Nationale Revolution.“ — Friedrichshagen: Schule Berliner Str. 48, Vortrag: „Aufbau der Arbeiterbewegung.“ — Lichterfelder Jugendheim Döllsch, Vortrag: „Der sozialistische Kampf.“ — Hagen-Platz: Radrennbahn: „Nationale Revolution 1918.“ — Saldow, Reichsberger Viertel: „Nationale Revolution 1918.“

Abteilung, Pöhl! Freitag, den 13. d. M., abends 8 Uhr 15 Uhr. Wachen-Radrennen im Jugendheim Eintracht, 3. Vortrag: „Nationale Revolution aus Amerika.“ Referent: Genosse W. Schöber.

Wirtschaft

Die Großen kaufen weiter Unternehmungen.

Durch den bestimmenden Einfluß beim Barmer Bankverein kam die Stinnes-Gruppe in den Besitz der Kupfer- und Messingwerke L.G. Eiberfeld. Dieses Unternehmen war durch die allgemeine Krise im Vorjahre notleidend geworden und stand unter Geschäftsaufsicht. Die Beträge, die zu seiner Erwerbung aufgewandt werden mußten, waren nicht sehr erheblich, da sich nur wenige Bewerber fanden, die die Gesellschaft auf die Beine zu stellen vermochten. Da der Stinnes-Konzern durch diese Einfuhrnahme seinen Interessentenkreis auf dem Gebiete der Metallgewinnung und Verarbeitung vorzüglich ergänzen konnte, erhielt das Objekt für ihn einen erhöhten Wert. Nach dem scharfen Kapitalchnitt, der bei der Umstellung erfolgte, wurde das Aktienkapital auf 2 Millionen Mark erhöht. In der Generalversammlung der Kupfer- und Messingwerke am 7. März erfolgte eine neuerliche Erhöhung auf 3 Millionen Mark. Die neuen Mittel sollen zu großangelegten Betriebsverbesserungen und zur vollständigen Fusion mit der Rheinhütte L.G. in Duisburg verwendet werden. Auch diese Gesellschaft war unter den Schlägen gekommen mit dem Ergebnis, vom Stinnes-Konzern verschluckt zu werden. Nachdem beide Unternehmen in dieselbe Hand geraten waren, erfolgte eine Konzentration nach der Richtung, daß die Kupfer- und Messingwerke, Eiberfeld, und die Rheinhütte in Duisburg als ein Betrieb verschmolzen und eine entsprechende Arbeitsteilung innerhalb der Betriebe durchgeführt wurde. Die Rheinhütte führt von jetzt ab die Bezeichnung „Kupfer- und Messingwerke, Abteilung Rheinhütte“. Durch die Verschmelzung der beiden Gesellschaften und durch straffere Arbeitsteilung erhöht die Verwaltung namhafte Ersparnisse. So sei es möglich, allein an Umfahrgeldern monatlich 6000 bis 8000 Mark und an Frachten 3000 bis 4000 Mark zu sparen. Verschiedene Zweigbetriebe beider Gesellschaften sollen vollständig umgebaut und einige stillgelegt werden.

Der Einfluß von Stinnes auf die obengenannten Gesellschaften läßt erkennen, daß den Mammutskonzernen à la Stinnes alles zum besten dient. Den äunfsten Wind der Inflation vermochten sie entsprechend und mit rücksichtsloser Energie auszunutzen. Der dabei erfolgte Einfluß bei einigen Großbanken (Berliner Handelsgesellschaft, Barmer Bankverein) sollte sich besonders in der Stabilisierungsperiode als äußerst vorteilhaft erweisen. Nachdem die Inflation ihr Füllhorn entleert hatte und jene schwierige Periode der Stabilisierung anbrach, erhielt der Expansionsdrang der Großkonzerne neue Nahrung aus der gerade entgegengesetzten Richtung. Der Tiefstand der Aktienkurse, der Kreditmangel einzelner Gesellschaften und der Pleitegeier — alle diese Umstände trieben die Opfer in Scharen in die Hürden der Stinnes und Genossen. So wendet sich alles zum besten der Großen. Unter den Opfern der Stabilisierungsperiode befanden sich die Kupfer- und Messingwerke, Eiberfeld, und die Rheinhütte L.G., Duisburg. Nachdem die Aktionäre dieser beiden Gesellschaften genügend Haare gelassen, erfolgte ihre Eingruppierung in den großen Schwertkomplex des Stinnes-Konzerns. Hier sind sie ein Rädchen in einem großen Organismus, wie viele, viele andere. Bemerkenswert ist noch, daß die Bankdynastie Fürstenberg jetzt mehr als früher in die Aufsichtsräte der Stinnes-Gesellschaften eintritt. In das oben fusionierte Unternehmen wurde neben Vertretern des Barmer Bankvereins Herr Hans Fürstenberg, der Sohn des alten Leiters der Berliner Handelsgesellschaft, gewählt.

Landarbeiter und Mechanisierung der Landwirtschaft.

Die Verbandszeitung des Deutschen Landarbeitervereins, „Der Landarbeiter“, bringt in Nr. 3 dieses Jahres bemerkenswerte Ausführungen über die Stellung der Landarbeiter zur Mechanisierung der Landwirtschaft. In großen Strichen wird dargestellt, daß die deutsche Landwirtschaft in ihrer Entwicklung zur rationellen Anwendung von arbeitsparenden Maschinen seit dem Ausbruch des Weltkrieges leide. Der Fortschritt dieses unterbundenen Prozesses nicht fort ein. Die Ursache begründet sich aus dem Verhalten der Mehrzahl der Landwirte gegenüber der

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin

Sonntag, den 15. März, nachmittags 3 1/2 Uhr im großen Saal der Philharmonie, Bernburger Str.

4. Festkonzert

Länge nach moderner Musik
ausgeführt vom Ballett der Staatsoper / Künstlerische Leitung: Herr Ballettmeister Max Terpis unter Mitwirkung von Elisabeth Grube (Prima Ballerina), Dorothea Albu (1. Charakter-Tänzerin), Harald Kreuzberg (1. Solotänzer) u. vier Tänzerinnen vom Ballett d. Staatsoper / Pr. N. 120

Zwangswirtschaft. Später trat dann hemmend die Agrarkrise in die Erscheinung. Alle diese Erscheinungen liegen aber heute nicht mehr vor. Wir stehen im Gegenteil vor einem Aufblühen der Landwirtschaft, die allen Anzeichen nach nicht von vorübergehender Dauer sein wird. Die Landwirtschaft ist nun in der Lage, all das bisher Versäumte nachzuholen. Hierzu sagt der Artikel wörtlich: „Das kommende Frühjahr wird der Anfang dieser Epoche sein, die als eine Zeit der Rationalisierung und Mechanisierung der deutschen Landwirtschaft bezeichnet werden kann.“

Wie hat sich nun der Landarbeiter dieser Umwälzung gegenüber zu verhalten? Für ihn kann vermehrte Einführung von Maschinen und dadurch bedingte Rationalisierung der Betriebsführung in großem Maße Arbeitslosigkeit bedeuten. Erkennt er jedoch früh genug seine Bedeutung als organisierte Klasse, so kann er diesem Umschwung mit ruhigem Gefühl entgegengehen. Eine gut organisierte Berufsgruppe müßte sogar die Macht ihrer Organisation in die Waagschale werfen, um diesen angedeuteten Prozeß zu beschleunigen. Dann muß aber auch die Organisation mit allen Konsequenzen dafür eintreten, daß durch neuzeitliche Betriebsführung erzielte Vorteile nicht einseitig dem Unternehmer, sondern auch dem Arbeiter zuteil werden. Es werden nur die wichtigsten Forderungen skizziert, die geltend gemacht werden müssen. In erster Linie Steigerung des viel zu niedrigen Landarbeiterlohns, Verkürzung der Arbeitszeit, Einschränkung der Frauenarbeit und gänzliche Beseitigung der Kinderarbeit. Zu den weiteren Forderungen gehört der Ausbau des Unfallschutzes.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels pro Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengrößen, lose ..	20,25—24,75	Kakao, fettarm	55,00—96,00
Gerstengrößen, lose ..	19,75—21,00	Kakao, leicht, entölt ..	100,00—120,00
Haltergrößen, lose ..	21,00—22,00	Tea, Souchon, gepackt ..	290,00—405,00
Haltergrößen, lose ..	21,75—23,50	Tea, indischer, gepackt ..	42,00—47,00
Rogetenmehl 0/1	20,00—21,00	Inlandszucker, weiß mel.	31,00—32,50
Weizenmehl	23,25—25,50	Inlandszucker, raffiniert.	32,0—35,00
Martgrüß	27,00—29,00	Zuckerwürfel	35,0—38,75
70%, Weizenmehl	20,00—21,50	Konstantine	31,00—33,00
Weizen-Ausgarmehl ..	21,50—23,50	Zuckerstrup hell l. Elm.	24,00—27,00
Speiseb.-bren, Viktoria	18,50—22,50	Marmelade dunkl. l. Elm.	25,50—30,00
Speisebren, kleine ..	20,25—22,00	Marmelade Einfr. Erdb.	24,00—26,00
Langbohnen handverl.	27,0—32,0	Marmelade Vierfrucht ..	26,00—40,00
Langbohnen, klein ..	18,00—24,50	Pflaumenmusl, Elmern ..	37,00—55,00
Linse, mittel	30,50—45,00	Steinsalz, in Säcken ..	3,10—3,60
Linse, groß	44,00—45,00	Siedesalz in Säcken ..	3,70—4,20
Kartoffelmehl	20,50—22,50	Bratenschmalz l. Tiers.	90,00—93,50
Makkaroni, Hartgrüß ..	46,00—58,50	Bratenschmalz / Kübl ..	91,50—94,25
Mehludeln	26,50—31,00	Purelard in Tierces ..	90,50—91,0
Eiernudeln	44,50—74,00	Purelard in Kästen ..	91,0—91,75
Bruchreis	15,00—17,75	Speisetaig in Packung ..	65,00—66,00
Rasoon Reis	18,50—20,00	Speisetaig in Kubein ..	64,00—
Tafelreis, glasiert Patna	24,5—32,00	Margarine, Handelsm. I ..	60,00—62,00
Tafelreis, Java	32,75—43,00	Margarine, Handelsm. II ..	60,00—64,00
Ringspiel, amerik.	74,50—79,00	Margarine, Spezialm. I ..	80,00—84,00
Getr. Pflaumen 90/100 ..	43,00—45,0	desgl. II	69,00—71,00
Pflaumen, entsteint ..	72,00—78,0	Molkereibutter I l. Fäss.	225,00—231,00
Cal. Pflaumen 40/50 ..	62,50—64,00	Molkereibutter, l. Pck ..	237,00—237,00
Rosinen Kist., Candia ..	60,00—73,0	Molkereibutter II l. Fäss.	207,00—216,0
Sultaninen Carab. rnu ..	79,00—85,00	Molkereibutter, l. Pck ..	216,00—222,00
Korinthen, choice	51,00—65,00	Auslandbutter in Fäss ..	250,00—244,0
Mandeln, süße Bari ..	18,00—195,0	Corned beef 12 1/2 lbs. K.	9,00—39,00
Mandeln, bittere Bari ..	155,00—200,00	Ausl. Speck, veräuchert ..	9,00—101,00
Zimt (Cassia)	100,00—19,00	Quadratkäse	28,00—40,00
Kümmel, holländischer ..	45,00—47,00	Flatter Käse, vollfett ..	12,00—13,00
Schwarz Pfeffer Singap.	95,00—105,0	Echter Emmentaler	16,00—175,0
Weißer Pfeffer	148,00—160,00	Echter Edamer 40% ..	117,00—130,00
Rohkaffee Brasil	215,00—230,00	3%	85,00—87,00
Rohkaffee Zentralam ..	250,00—310,00	Ausl. unzerückter. Cond.	20,00—22,50
Rohkaffee Brasil	270,00—310,00	milch 48/16	23,25—
Rohkaffee Zentralam ..	330,00—400,00	ml. rez. Cond. - M. 48/14	
Rohkaffee Brasil	310,00—24,00		

Der etwa auftretenden Arbeitslosigkeit muß vorgebeugt werden durch Einbeziehung der Landwirtschaft in die Arbeitslosenversicherung.

Der Artikel schließt mit der nur zu berechtigten Aufforderung an die Landarbeiter, unter allen Umständen ihre Organisation zu stärken. Solche Forderungen können nur dann verwirklicht werden, wenn eine Macht hinter ihnen steht. Diese Macht muß für den Landarbeiter der Deutsche Landarbeiterverband sein.

Aus der Partei.

Arthur Henderson — Exekutivmitglied der Internationale.

Arthur Henderson war zusammen mit MacDonald und J. H. Thomas auf dem Hamburger Kongress als Vertreter Englands in die Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale gewählt worden. Gemäß den Statuten der S.A. haben alle drei ihre Funktionen niedergelegt, als sie im Vorjahr in die Regierung eintraten.

Kunmehr hat die Exekutive der Labour Party Arthur Henderson neuerdings an Stelle des Genossen A. G. Cameron, der seine Funktion wegen einer Erkrankung zurückgelegt hat, in die Exekutive der S.A. entsendet.

Eine Konferenz der Arbeiterparteien des britischen Reiches.

Die englische Arbeiterpartei hat für den 27. Juli dieses Jahres eine Konferenz aller Arbeiterorganisationen des britischen Reiches eingeladen. Eine solche Konferenz war schon im vorigen Jahre geplant, mußte aber wegen der Verhinderung einiger Parteien verschoben werden.

Mag Wiener gestorben. Einer der ältesten Kämpfer der Sozialdemokratie in Schlefien, Genosse Mag Wiener, ist im Alter von 80 Jahren in Breslau verstorben und am Montag unter starker Beteiligung zu Grabe getragen worden. Der Verstorbene gehörte zu denjenigen aufrechten Demokraten, die durch die Tätigkeit Eduard Bernstein und durch die Entwicklung der Fortschrittspartei zur Sozialdemokratie geführt wurden. Er hat der Stadt Breslau und der schlesischen Arbeiterbewegung lange Jahrzehnte hindurch in vielen Ehrenämtern gedient.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Unterstützung erhalten gegen Verlegung der Mitgliedschaft an Stelle 6 des Großen Schauspielhauses Karten zu bedeutend ermäßigten Preisen für die gesamten Werbemaßnahmen bis einschließlich 22. März. Gausverband. — Kameradschaft Ostber. Mittwoch, den 11. März, abends 7 1/2 Uhr, Anrede: Bahnhofs Ostber. zum Reich nach Bitterfeld. — Kameradschaft Reichshalle. Donnerstag, den 12. März, abends 7 1/2 Uhr. Turnabend der gesamten Kameradschaft in der Turnhalle Pöhlmannstraße. Freitag, den 13. März, abends 7 1/2 Uhr, Treffen im Betriebsklub, Friedrichstraße 96. — Kameradschaft Reichshalle. Samstag, den 14. März, abends 8 Uhr. Turnen in der Turnhalle des TuS. Berliner Straße.

Arbeiter-Rabiat-Club, Bezirk Schöneberg. Donnerstag, den 12. März, abends 7 1/2 Uhr. Aufbruch zum Reichstag und westlichen Rabiatfreunde bei Hofenhal, Schöneberg, Oberstr. 66. Gefährten bringen mitwachen. Gänge willkommen.

Reise Vereinigung von Eisenbahnern, Berlin. Versammlung am Sonntag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Berliner Klub, Aufbruch zum Reichstag. — Kameradschaft Reichshalle. I. Vortrag des Reichsbanner Herrn Freund: „Gedanken der Eisenb. 2. Beobachtung am Zellep. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. Gänge willkommen.“

Regelung der Reichshalle, Berlin. Sonntag, den 16. März, abends 7 1/2 Uhr. Bei Damms, Potsdamer Str. 106. Vortrag des Herrn Schaff vom Reichsbanner über „Reichshalle“. Eintritt frei.

Deutsche Kameradschaft der Provinz Ostpr. Groß-Berlin. Versammlung am Donnerstag, den 12. März, abends 8 Uhr, Ainal-Bräuerei, Reußstr. 24/25.

Vereinigung für Sozial- und Erziehungsfragen, Berlin-Treptow. Im Reichenhof der 6. Exzeptioner Gemeindefürsorge, Willdenstraße 10 III, Freitag, den 13. März, 8 Uhr. „Die Gefahren der Straße für die Großstadt.“ (Rorrad-Rede). Eintritt frei!

Reichshalle Reichshalle 1906. Donnerstag 8 1/2 Uhr. Übungsabend in den Kassenbüchsen, Aufbruch Str. 29.

Berein für deutsche Schicksale (S. A.), Ortsgruppe „Koblenz“, Monatsversammlung am Freitag, den 13. März, abends 8 Uhr, im Zofelhaus am Haken, Seestraße. Eintritt 50 Pf. und Vollgeldeintragungsbeitrag für Mitglieder während der Wintermonate Sonntag vormittags 9—12 Uhr unter persönlicher Leitung der Übungsleiter. Eintritt frei!

Gemeinschaft proletarischer Arbeiter, Berlin. Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 12. März, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Pöhlmannstraße. Gänge willkommen. Der Vortragensbericht zur Jugendhilfe findet jeden Donnerstag von 4—5 Uhr in der Schiffs-Jugendhilfe statt. Eintritt: Gemeinlich. Die Jugendhilfe findet am Sonntag, den 29. März, vormittags 10 Uhr, im Vulkan-Reichshalle, Rindfleischstr. 10. Eintritt: Gemeinlich. Eintritt 50 Pf.

3 Tropfen Kaol Metall-Oel-Politur besser als Putzwasser

Sprechmaschinen
Gelegenheitskauf!
Riesensposten!
Konzertapparate, triercher, os: 9
Nr. 4 5 7
M. 9, 0 11— 15— 18—
Hörapparate, echt Elche
Nr. 11 12 14 16
M. 26— 35— 45— 58—
Schrankapparate, echt Elche:
Nr. 19 20 24 26
M. 89— 110— 125— 160—
Vollkommenste Wiedergabe
Platten wieder billig! 30 cm 1,90 M.
Schulz & Gundlach Berlin C., Münzstr. 18

Ziehung 17. u. 18. März 1925
ROTE + KREUZ
Geldlotterie
200000 M.
60000 M.
30000 M.
10000 M.
Losz zu M. 3,30
G. Dischlat & Co.
BERLIN C2, Königsstr. 51.

Glauben Sie, Sie dürften die
Karmitri Zigaretten
nicht anerkennen,
weil sie so unwahrscheinlich billig sind?
KAR MITRI

Putz-, Polierlappen
Putzwolle
Schleifertuche
haben in jeder Menge abzugeben
Gehr. Holzinger
Neukölln
Tel.: Neukölln 4345-4347

Abassinier-Pumpen,
Höhren-Pumpen
Ernststello.
Preisliste gratis
Koblenz & Co.
Pumpenfabrik,
Berlin S 55,
Reichenhagen-
dörfer Str. 95.

Reinhold Appelbaum & Söhne
900b Schöneberg, Gutfahrerstr. 2

Erfolg
haben Inserate im
Vorwärts

KOKONA
zum Reinigen
von
Häuten,
Werkstatt
und Sport,
sowie zur
Hauptpflege.
Verlang Sie
eine kleine
Probepost
gegen dieses
Inserat, wo
unser Plakat

zu großen
Geschen-
ken u. Resen-
reklame un-
terlassen wir
Kokona ist
billig u. soll
es bleiben.
Helenenwerk
G. m. b. H.
BERLIN
Magdalenstr. 6,
Kurt rsi 6366

Sozialpolitik und Justizetat.

Sozialdemokratische Kritik.

Der Reichstag nahm gestern nach zustimmenden Erklärungen der Abg. Westarp (Dnat.), Brüninghaus (Ddp.) und Koch-Weser (Dem.) die Vorlage über die Stellvertretung des Reichspräsidenten gegen Nationalsozialisten und Kommunisten an.

Ebenfalls in dreifacher Lesung endgültig gegen Nationalsozialisten und Kommunisten verabschiedet wird der Gesetzentwurf zur Uebernahme der durch das Ableben des Reichspräsidenten entstandenen Kosten auf das Reich.

Zur ersten Lesung gestellt werden dann die Gesetzentwürfe über die Genfer Uebereinkommen, über das Vereinsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter und die Entschädigung der Landarbeiter bei Arbeitsunfällen.

Abg. Obend'el (Komm.) fordert, daß auch auf den Gütern Betriebsräte zugelassen werden.

Abg. Schmidt-Röpenick (Soz.):

Die Frage, die hier behandelt wird, ist Sache der Gewerkschaften und die Kommunisten mögen ihre Hände davon lassen. Die Landarbeiter wollen jedenfalls nichts von ihnen wissen. Es handelt sich heute um die Sicherung des Koalitionsrechts. Auch in Deutschland sind Bestrebungen im Gange gegen die Zurückführung landwirtschaftlicher Fragen vor das Internationale Arbeitsamt. Es ist uns gelungen, daß diese Fragen dort behandelt werden. Wenn das Koalitionsrecht jetzt überhaupt international geregelt wird, so haben das die Landarbeiter unseren Bestrebungen zu danken. Nun versucht aber die Regierung, das Koalitionsrecht der Landarbeiter wieder illusorisch zu machen. So hat die Reichsbahnverwaltung verordnet, daß alle Landarbeiter, die in der Landwirtschaft tätig sind, nicht beim Bahnbau beschäftigt werden sollen. Ich möchte die Regierung darauf aufmerksam machen, daß noch der Artikel 111 der Verfassung gilt, wonach in Deutschland völlige Freizügigkeit herrscht und jeder das Recht hat, einen beliebigen Ort aufzusuchen. Einschränkungen können nur durch Reichsgesetz vorgenommen werden. Heute versucht man aber immer wieder, das Koalitionsrecht zu umgehen. Wir fordern mit allem Nachdruck, daß die Landarbeiter in ihrer Freizügigkeit nicht gehemmt werden, daß sie ihren Verdienst auch dort suchen können, wo sie es wollen, also auch in der Industrie, wenn sich ihnen höhere Löhne bieten. Wir werden über diese Frage bei der Beratung des Reichsernährungsministeriums noch weiter sprechen.

Wenn Herr Obend'el glaubt, meinen Parteifreund Otto Braun als Feind der Landarbeiter hinstellen zu können, so kann demgegenüber festgestellt werden, daß das, was Otto Braun für die Landarbeiter getan hat, geschichtlich feststeht.

Er hat ein Lebensalter für sie gewirkt. Das ist den Landarbeitern bekannt, und ich bin davon überzeugt, daß sie ihm restlos ihre Stimmen bei der bevorstehenden Präsidentenwahl geben werden. Zu der Frage der Technischen Rothhilfe behalten wir uns unsere Erklärungen bei den Etats vor, die für sie zuständig sind. Jetzt nur eins: Wenn es dazu gekommen ist, daß die Technische Rothhilfe überhaupt eingeführt worden ist, so fragen die die Säpuld daran, die bei den Streiks in den Gas- und Wasserwerken dafür gesorgt haben, daß Frauen und Kinder leiden mußten. Das bejagt aber nicht, daß wir uns mit der Technischen Rothhilfe einverstanden erklären. Es steht aber fest, daß unter den Streikbrechern bei der Eisenbahnerbewegung sich viele Kommunisten befinden und daß bei der Rothhilfe in Kolberg, um nur ein Beispiel zu nennen, eingeschriebene Mitglieder der K. P. D. sind. (Hört, hört!) Hier suchen die Kommunisten den Anlaß zu erwecken, als ob sie für den Schutz des Koalitionsrechts seien. Draußen aber zerstören sie die Organisationen und nehmen den Arbeitern den Glauben an die Gewerkschaften. Bei den Lohnkämpfen in Ostpreußen haben die Kommunisten zum Teil Streikbruch begangen. Wo ist denn Euer Freier Landarbeiterverband? Warum sorgt Ihr denn nicht für Tarife für die Landarbeiter? Das kommt davon, weil Euch Eure Mitglieder davon gelaufen sind. Wenn Ihr aber glaubt, daß wir Euren Parolen folgen leisten werden, so befindet Ihr Euch auf dem Holzwege. Wir werden das tun, was den Interessen der Landarbeiter entspricht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen, daß auch in der Unfallversicherung und in der Unfallhilfe

Die Landarbeiter das gleiche Recht wie alle anderen Arbeiter

haben. Schließlich möchte ich meine Freude über das Ergebnis unserer Arbeit aussprechen. Gestern hat der kommunistische Redner Weber-Düsseldorf dreimal betont, daß keine Parteifreunde für ein Gesetz stimmen würden, um den Sozialdemokraten keine Gelegenheit zur agitatorischen Ausnützung ihres Verhältnisses hier im Reichstag zu geben. Das zeigt, wie weit unsere Erziehungsarbeit an ihnen schon gewirkt hat. Das geistige Eingefändnis des kommunistischen Redners ist eine Rechtfertigung für unsere Politik, wie wir sie nicht besser wünschen können.

Die Vorlagen werden darauf dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. Zur Kenntnis genommen wird das Washingtoner Uebereinkommen über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niedertunft.

Abg. Frau Nemitz (Soz.):

Zu den Fragen, die unbedingt zu lösen sind, gehört die bessere Fürsorge für werdende und stillende Mütter, die im Erwerbsleben stehen. Die Sozialdemokratie ist schon vor dem Kriege mit allem Nachdruck dafür eingetreten. Jetzt besteht

eine viel größere Notwendigkeit dafür, daß endlich etwas Durchgreifendes geschaffen wird. Von 1882 bis 1907 ist der Anteil der Frauen unter den Arbeitern von 24 auf 30,4 Proz. gestiegen. Rechnet man die Frauen dazu, die nicht versichert sind, so zeigt sich noch viel deutlicher, wie groß der Anteil der Frauen ist, die in Erwerbsarbeit stehen. Ein großer Teil von ihnen ist aber nicht nur erwerbstätig, sondern zu gleicher Zeit Hausfrau und Mutter. Nach den Zählungen der Krankenkassen im vorigen Jahr befanden sich unter den Frauen 27,8 Proz. im Alter bis zu 30 Jahren, 42,5 Proz. zwischen 30 und 40 Jahren, 20,7 Proz. über 40 Jahren. Diese Zahlen zeigen ganz besonders, wie viele zeugungsfähige Frauen in der Erwerbsarbeit stehen. Das Reichsarbeitsministerium hat im vorigen Jahre berichtet, daß in Washington auch — über die Frauen gesprochen wurde. Leider vermissen wir, daß es auf diesem Gebiete etwas getan hat. Wir hätten erwarten müssen, daß das vorliegende Gesetz mindestens das enthält, was im Washingtoner Abkommen steht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Besonders notwendig ist, daß die Frauen, die im Handelsgewerbe tätig sind, unter den Schutz des Washingtoner Abkommens gestellt werden. Wir treiben keine Agitationspolitik, sondern fordern, daß den Verhältnissen entsprechend zum mindesten soviel durchgesetzt wird, daß die arbeitende Klasse eine Erleichterung ihrer Lage fühlt. Es wurde uns angekündigt, daß es nicht möglich sei, die werdenden und stillenden Mütter sechs Wochen vor und sechs Wochen nach der Geburt voll zu unterstützen. Man hat darauf hingewiesen, daß schon 60 Millionen zu diesem Zweck ausgegeben werden. Nach unserer Auffassung ist das viel zu wenig. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir fordern einen weiteren Schutz der werdenden Mütter, des kelmenden Lebens. Das ist ein wichtiges Gebiet der Bevölkerungs politik, und es ist Pflicht des Reichs, hier die notwendigen Zuschüsse zu leisten. Keine Gemislin Schroeder hat Ihnen die Zahlen der Kinder genannt, die im ersten Lebensjahre sterben. Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Wir müssen Stillpausen einführen und wenn das auch für die Großstädte schwierig sein mag, so sind Einrichtungen zu treffen, die durch Gesetz gesichert werden.

Ich stelle fest, daß die Gewerkschaften, insbesondere der Textilarbeiterverband, auf diesem Gebiet mehr geleistet hat, als jemals vom Reich geschehen ist. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Es muß endlich nachgeholt werden, was hier veräußt worden ist. Wir dürfen uns nicht mit schuldig daran machen an dem Verbrechen, daß für Mütter und Kinder zu wenig in Deutschland geschieht. Wir haben deshalb zu fordern, daß das Mindeste, was im Washingtoner Abkommen enthalten ist, für Deutschland Gesetz wird. Darum wünsche ich, daß alle Fraktionen ebenso wie wir zum Schutze von Mutter und Kind arbeiten. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Frau Acedice (Komm.) verlangt staatliche Entbindungs- und Kinderfürsorgeanstalten und lehnt die privaten und kirchlichen Einrichtungen ab.

Die Vorlage geht ebenfalls an den Sozialpolitischen Ausschuss.

Die zweite Lesung des Haushaltsplanes wird dann fortgesetzt beim Haushalt des Reichsjustizministeriums.

Abg. Dr. Korsch (Komm.) berichtet über die Ausnahmeverhandlungen. Der Redner erstattet einen stark einseitig gefärbten Bericht, so daß von den bürgerlichen Parteien lebhafter Widerspruch gegen seine Ausführungen erhoben wird und auch der Vizepräsident Graef ihn ermahnen muß, sachlich zu berichten und persönliche Werturteile zu vermeiden.

Abg. Levi (Soz.):

Die Emmingerischen Rotverordnungen bedeuten eine Umwandlung der Justizpflege in einem Umfang, wie es früher nie vorgekommen ist. Kein Urteil darüber kann ich dahin zusammenfassen, diese Justizreform möge so schnell wieder gehen wie sie gekommen ist. Auf dem Wege der Rotverordnung ist sie geschaffen worden, durch eine Rotverordnung sollte sie wieder beseitigt werden. Die eine Emmingerische Reform beruht auf dem Gedanken, daß man durch polizeiliche Maßnahmen die Prozeßführung erleichtern könne. Dieser Versuch ist gescheitert, weil man die Prozeßführung den Parteien überlassen muß und sie nicht von der Obrigkeit übernommen werden kann. Die Prozeßführung ist aus der Kontrolle der zuständigen Instanzen genommen worden, die darüber wachen sollten. Die Folge davon ist doppelte Arbeit und eine

Verstopfung des ganzen Zivilprozeßverfahrens.

Auch das Güterverfahren ist eine verfehlte Anordnung. Wenn erst einmal die Parteien soweit sind, daß sie Prozesse führen, dann kann die Veröhnung in der Amtsstube nicht mehr dekretiert werden. Es besteht Uebereinstimmung bei den Richtern und bei den Anwälten, daß die Emmingerischen Verordnungen nicht bis zur Gesamtreform der Justizverwaltung am Leben bleiben dürfen. Man kann von einem förmlichen Notstand sprechen.

Wenn die Urteile in den Strafprozessen nicht mehr so minderwertig sind wie in den früheren Zeiten, so rührt das von der erweiterten Zuziehung von Laien her. Seit 1918 sind auch diejenigen Schlichter als Schöffen und Geschworene hinzugezogen worden, die früher davon ausgeschlossen waren. Es sind auch Arbeiterkreise daran beteiligt. Daraus erklärt sich, daß eine verständlichere Stimmung zwischen Richterbank und Angeklagten entstanden ist. Daraus kann aber nicht gefolgert werden, daß erst die Emmingerische Reform diesen Zustand geschaffen hat. Sie hat im Gegenteil auch auf dem Gebiet der Strafjustizpflege unhaltbare Verhältnisse geschaffen. Ich weise darauf hin, daß die Beweis-

erhebung, die doch früher das Grundrecht des Angeklagten war, heute in der Hand des Richters liegt. Es wird gesagt, daß dafür die Grenzen der Berufungsfähigkeit weiter gezogen seien. Aber mit der Verletzung dieses Gebiets ist gleichzeitig eine Einengung der Berufungsaussichten erfolgt.

Man sagt, daß die deutschen Richter über allen Klassen gegenüber ständen und daher vor Klassenurteilen geschützt seien.

Wir haben zu einem großen Teil der deutschen Richter nicht das Vertrauen, daß sie objektiv Recht zu sprechen imstande sind.

In zwei Fällen will ich das nachweisen. Der erste Fall betrifft den Magdeburger Landgerichtsdirektor Bewersdorff, den Vorsitzenden in dem bekannten Rothardt-Prozeß. Es steht fest, daß Bewersdorff in gesellschaftlichen Kreisen geäußert hat: „Der Sattlergeißelle muß weg.“ Diese Äußerung tat er, bevor er sein Richteramt ausübte hat. Später erklärte er, ohne genaue Angabe von Zeit und Ort könne er nicht sagen, ob er diese Äußerung getan habe. Wenn vor Herrn Bewersdorff ein Angeklagter stände, der eine solche Äußerung gemacht hätte und sich dann nicht mehr darauf bekenne will, so würde Herr Bewersdorff sagen: Dieser Mann lügt. Von einem Mann von der Bildung des Herrn Bewersdorff muß man eine bindigere Erklärung verlangen können, ob er diese Äußerung getan hat oder nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein Richter wie Bewersdorff zur Führung eines Prozesses von der Wichtigkeit des Magdeburger Prozesses berufen wird, dann muß er noch nach Monaten wissen, ob er das gesagt hat.

Es kann aber festgestellt werden, daß Bewersdorff diese Äußerung getan hat, und weiter, daß er jetzt nicht zu seinen Worten steht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Dieser Fall hat dann eine Fortsetzung durch die Kritik des Landgerichtsrats Dr. Croner gefunden, die vom juristischen Standpunkt aus formell zu weit geht, und durch die sich Herr Bewersdorff beleidigt fühlen konnte. Dr. Croner stand als Ankläger vor dem Landgerichtsrat Dr. Ahlsdorf. Dieser äußerte vor der Verhandlung, daß Croner so mit sechs Wochen bestraft werden müsse. Die Äußerung war schon vorher bekannt, und der Angeklagte lehnte deshalb den Richter ab. Es ist kein besonderes Zeichen von Charakterstärke, wenn Herr Ahlsdorf sich geheult hat, die Konsequenzen aus seiner Äußerung zu ziehen. Er möchte die Gefühle des Angeklagten berücksichtigen, der nicht mehr daran glauben konnte, daß dieser Mann noch objektiv Recht sprechen könne. Herr Ahlsdorf hätte auf sein Amt verzichten müssen. Das hat er nicht getan.

Ich will aus solchen Einzelfällen nicht Folgerungen allgemeiner Art ziehen, aber auf einen Punkt muß ich noch hinweisen, der sehr bedenklich stimmen muß. Für die Bestimmung der Richter im allgemeinen zeigt bis zu einem gewissen Sinne die Tatsache, daß die Richterorganisationen dabei stehen und in beiden Fällen weder ein Wort der Mißbilligung oder der kollegialen Rüge finden. Wir sehen mit einem gelinden Entsetzen der Zukunft entgegen, wenn wir uns vorstellen, wenn erst die jüngere Generation, die im Krieg und in der Nachkriegszeit groß geworden ist, die auf Schule und Universität alle Grade der Bezeichnung durchgemacht hat, zur Rechtsprechung gelangt. Wenn erst diese Leute ins Richteramt kommen, dann wird es ein Erbschrecken geben, das man sich jetzt noch kaum vorstellen kann. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Ein Komplex der Justizpflege bedarf noch besonderer Erörterung. Das ist die Frage der Landesverratsprozesse, die jetzt wie eine Seuche durch Deutschland geht. Ich will mich nicht zum Hüter derjenigen Elemente aufwerfen, die gegen Geld Geheimpläne den Franzosen und so weiter ausliefern. Aber man kann sagen, daß die hier verhängten Strafen außer Verhältnis zu der Schuld stehen. Im allgemeinen ist der dabei ungerichtete Schaden nicht so groß, daß die Richter sich bei der Strafverweisung ausschließlich vom Gefühl leiten lassen müßten.

Aber es gibt unter den Landesverratsprozessen zahllose Fälle, wo von einem Berrat von Geheimnissen keine Rede sein kann, weil es sich um Dinge handelt, die alle Spahen von den Dächern pfeifen.

Es ist doch ein Unding, solche gewaltige militärische Organisationen aufzuziehen, ohne daß das Ausland etwas davon bemerkt. Und wenn dann eine Zeitung eine Notiz darüber bringt, soll sie bestraft werden. Wir dürfen uns so eher von der Existenz einer schwarzen Reichswehr reden, weil der Reichstanzler selbst zugegeben hat, daß eine schwarze Reichswehr bestanden hat, allerdings in der Vergangenheit. Er hat das so dargestellt, als ob sie im wesentlichen aus innerpolitischen Gründen entstanden sei.

Die Landesverratsprozesse sind also dazu bestimmt, um die geheimen Organisationen, die sich gegen die Republik richten, zu schämen. Das ist ihr wirklicher Sinn.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Ich wäre der Regierung sehr dankbar, wenn sie eine Statistik darüber aufstellen würde, welchen Umfang die Landesverratsprozesse, die eingeleiteten Verfahren und die Verurteilungen angenommen haben. Wie mir heute mitgeteilt wurde, schwebten im Februar 755 Landesverratsprozesse. (Hört! hört! b. d. Soz.)

Der Redner erörterte den Fall Wandt, der im Jahre 1921 eine Urkunde aus dem Jahre 1916 entwendet und dafür im sechs Jahren Zuchthaus bestraft worden ist. Das Urteil wurde damit begründet, daß die Urkunde geheimgehalten gewesen wäre. Es seien durch die Veröffentlichung belgische Persönlichkeiten

WO-KHI-Einreibung-Embrocation

Von unerreichter Wirkung bei Behandlung von:
**Rheumatischen u. nervösen Gliederschmerzen,
Ischias, Zerrungen und Verstauchungen**

Unübertreffliches Sportmassagemittel

Für Heilzwecke in Apotheken, für Massage und Kräftigung in Sportgeschäften, Drogerien, Apotheken 1/2 Fl. M. 5.-, 1/2 Fl. M. 8.- * Wo-Khi-Werk, Berlin, Wilhelmstrasse 121

verraten worden, die während des Krieges mit der deutschen Regierung in Verbindung gestanden hätten. Die Regierung könne noch einmal in die Lage kommen, sich dieser Leute zu bedienen, was bei der Entwicklung der Verhältnisse möglich sei. (Hört, hört! bei den Sozial.) Das Vergehen des Angeklagten war aber viel weniger Landesverrat als die Bemerkung des Reichsgerichts, und trotzdem stellt sich das Justizministerium dem Versuch, das offensichtliche Unrecht wieder gut zu machen, hindernd in den Weg. Das ist kein Zeichen von Staatsstärke. (Sehr richtig! bei den Sozial.) Der Redner fordert dann die Annahme des sozialdemokratischen Antrages, wonach gegen die Urteile der bayerischen Volksgerichte Berufung eingelegt werden solle. Bei der Ernennung der Richter zum Staatsgerichtshof gewinnt man den Eindruck, daß immer mehr das Ziel verlegt wird, das für die Schaffung des Staatsgerichtshofs ausschlaggebend war, nämlich einen Schutz gegen die Feinde der Republik von rechts zu schaffen. Weiter ist zu verlangen, daß endlich der zweite Fall Zeigner wegen Landesverrat erledigt werde, der schon einmal vor Monaten abgeschlossen war, nachher wieder eröffnet wurde. Wir verlangen, daß die schweren Schädigungen an Leib, Gut und Ehre, die immer noch in der Rechtspflege zu finden sind, beseitigt werden. Ein Volk kann schwere körperliche Leiden auf sich nehmen, aber in keinem Punkte ist es so empfindlich, als wenn sein Rechtsgefühl verletzt wird. Darauf zu achten, das was die Aufgabe der deutschen Justiz sein. (Lebhafte Beifall bei den Sozial.)

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Dr. Barth (Dnat.) und Hampe (Wirtsch. Vereinig.) werden die Beratungen abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 2 Uhr. (Reichspräsidentenwahl, Justizetat.) Schluß 7 Uhr.

Bergarbeiterelend.

Hungerlöhne und steigende Unfallziffern. — Die Aussprache im Landtag.

Nach der Ministerpräsidentenwahl nahm der Landtag den Nachtragsplan zum Haushalt 1924 und das zugehörige Gesetz nach dem Ausschussvorschlag in zweiter und dritter Beratung an. Ferner gelang es zwei Entschlüsse zur Annahme, die Vorschläge für die Schaffung von Aufstufungs- und Beförderungstellen für die Amtsgelassenen sowie für die Beamten der Polizei und der Landjägerei im gleichen Umfange wie für die analogen Beamten der Reichsfinanzverwaltung und eine Gegenüberstellung der Endgrundgehälter der preussischen Beamten von 1913 mit dem 1. Dezember 1924 fordern. Das Haus legt dann die gemeinsame Aussprache über das Grubenunglück auf Zeche „Stein“ fort.

Abg. Steger (Z.) erklärt: Auf der Zeche „Minister Stein“ habe die Verwaltung die Verletzung in den letzten Wochen, wo sich der Einbau der Steinsäulenarbeiten der Vollendung näherte, offenbar nicht mehr recht ernst genommen. Er selbst habe in der Grube Kohlenstaub in Menge vorgefunden, der nicht erst, wie die Verwaltung jetzt behauptet, durch die Explosion angewandt worden sei.

Abg. Hartmann (Dem.): Die Unfallziffern im Ruhrbergbau haben sich von 1 Proz. der Belegschaft im Jahre 1921 auf 1,3 Proz. im Jahre 1924 erhöht bei einer Verminderung der Belegschaft von 528 272 auf 441 287 Mann. Alle Sicherungsmaßnahmen bleiben wenig wirkungsvoll, wenn es nicht die Lohn- und Arbeitsverhältnisse den Bergleuten möglich macht, die Unfallverhütungsmaßnahmen und die dazu gehörigen Vorschriften auch wirklich einzuhalten. Bei dem Antreibersystem sind Leben und Gesundheit stark gefährdet. Die Unfall- und Hinterbliebenenversicherung bedarf im allgemeinen einer Reform. Auch bei einzelnen Unfällen muß eine Besserung der Bezüge eintreten.

Abg. Franz-Oberschlesien (Soz.)

wirft den Deutschnationalen vor, daß sie trotz aller schönen Reden gegen eine wirkliche Grubenskontrolle unter Mitbeteiligung der Arbeiter seien. (Lachen bei den Dnat.) Mit mitleidigen Worten sei es nicht getan. Es sei empörend, daß z. B. in Oberschlesien ein Bergwerksdirektor den Betriebsräten die Vornahme der Grubenskontrolle verweigert habe. Auch die Vorschriften über die Verletzung vor der Schutzhülle würden nicht ordnungsgemäß beachtet. Ebenso sei es mit den vorgeschriebenen Übungen der Rettungsmannschaften bestellt. Das alles hätten amtliche Protokolle festgestellt, der Staatsanwalt aber greife nicht in solche Gesetzwidrigkeiten. Eine Verschärfung der Polizeivorschriften könne nichts helfen, wenn sie nicht auf die wirklich Schuldigen angewandt würden. Wo gebe es denn Grubensbesitzer, die man wirklich bestrafen habe? Die Ueberfüllung der Wagen trüge erhebliche Schuld an den Kohlenstauberplosionen. Es sei zu begrüßen, daß der Bergrat Kriemer Abgeordneter geworden sei, dadurch werde er wenigstens bei der Grubenskontrolle ausgeholfen. Die Lohnhöhe in Oberschlesien sei skandalös. 80 Proz. von Arbeiterkindern seien dort nach dem Zeugnis des Berliner Oberbürgermeisters Böß tuberkulös. In Oberschlesien gäbe es einen Lohn von 60 bis 70 M. monatlich. (Abg. Dr. Finkelnägel (DZp.) schüttelt mit dem Kopfe.) Die Annahme der sozialdemokratischen Anträge zur Besserung der Grubenskontrolle diene auch den Interessen der Bergverwaltungen selbst.

Mittwoch 12 Uhr: Fortsetzung der Aussprache, Kleine Vorlagen, Grundvermögenssteuer, Anträge.

Schluß 6,10 Uhr.

Die Gutachten im Tscheka-Prozess.

Kausch's Todesursache. — Neumann geistig normal. — Auch Margies und Szon für ihre Taten verantwortlich.

BS. Leipzig, 10. März.

Im Einverständnis mit den übrigen Prozeßbeteiligten unterbrach am heutigen Verhandlungstage der Gerichtshof die Vernehmung des Kriminal-Oberinspektors Koppenhöfer-Stuttgart, um zunächst verschiedene medizinische Sachverständige über das Krankheitsbild und den Obduktionsbefund im Falle Kausch zu hören. Zunächst kamen zwei Ärzte vom Berliner Lazarustrankenhaus zu Gehör, in das Kausch schwer verwundet eingeliefert wurde und in dem er nach reichlich zwei Monaten verstarb, Dr. Kupe von der Chirurgischen Abteilung und Dr. Zimmermann von der inneren Station. Der Offizialobersteiger Neumanns, Rechtsanwalt Dr. Goldstein, bekundet berechtigtes Interesse für die Frage, ob das alte Nierenleiden, das die Ärzte bei Kausch festgestellt haben, bösartig genug war, um schließlich schon von sich aus zum Tode zu führen. Dr. Zimmermann bejaht dies mit der Einschränkung, daß normalerweise das Nierenleiden erst nach 5—10 Jahren einen tödlichen Ausgang genommen hätte. Eine Verschlimmerung des Leidens sei durch das Attentat unstreitig verursacht worden. Die Todesursache war dann aber Bluterguß in die Brusthöhle, die eine Herzlähmung hervorrief.

Sachverst. Geheimrat Prof. Dr. Seefeld, der Leiter der Chirurgischen Abteilung des Lazarus-Krankenhauses in Berlin, steht auf dem Standpunkt, daß die Vernehmungen keinen tödlichen Einfluß auf die Krankheit ausgeübt haben. Aus dem rauchgeschwärtzten Einschluß in die Bauchhöhle schließt der Sachverständige, daß der Schuß aus ziemlicher Nähe abgegeben worden ist. Kausch sei nach seiner Ansicht geistig durchaus klar gewesen.

Hierauf sollte die Frau des Angeklagten Neumann als Zeugin vernommen werden, machte aber von ihrem Recht der Zeugnisverweigerung Gebrauch.

Der Bruder des Angeklagten, Fritz Neumann.

gibt zunächst als Zeuge über seine Familienverhältnisse Auskunft. Sein Großvater, ein Geheimer Kanzleirat, sei im Alter von 75 Jahren an Paralyse gestorben. Ein Bruder seines Vaters sei in der Irrenanstalt Eberswalde gestorben, wo er seit 40 Jahren als unheilbar geisteskrank lebe, und zwar handelte es sich bei ihm um typischen Größenwahn. Ein anderer Bruder seines Vaters litt an Verfolgungswahn, und auch noch andere Familienmitglieder seien geisteskrank gewesen.

Vorf.: Hat Ihr Bruder irgendwelche Zeichen von Geisteskrankheit gezeigt?

Zeuge Neumann: Ich habe in der Bornierfuchung gesagt, daß ich ihn nicht für geisteskrank halte, und ich halte diese Aussage auch jetzt aufrecht. Im übrigen muß ich Einzelheiten meiner damaligen Aussage zurücknehmen, denn bei der Verfassung meines Bruders war ich außer mir und äußerst erbittert. Später habe ich erst objektiver darüber gedacht. Aus der Kindheit meines Bruders ist mir nichts weiter bekannt. Nur einer Neuerung meiner Mutter entinne ich mich: Ich weiß nicht, was mit dem Jungen ist, manchmal kommt er mir nicht ganz normal vor. Ich selbst war damals nicht viel zu Hause und entinne mich nicht mehr. Als mein Bruder 14 Jahre alt war und wir eines Abends am Tisch saßen, fing er plötzlich ohne Grund an, herzzerbrechend zu weinen. Bis zum Jahre 1913 waren wir immer in Fühlung, und ich habe nichts Auffallendes an ihm bemerkt. Er war durchaus ruhig. Während des Krieges erfuhr ich nur, daß er im Lazarett war, besuchte ihn auch einmal anlässlich eines Urlaubes im Lazarett Tempelhof und erfuhr erst später, daß er sich in Bauen längere Zeit in der Nervenanstalt befinden haben soll. Nach dem Kriege machte ich die Beobachtung, daß er außerordentlich reizbar und sehr leicht erregbar war. Wenn wir über Politik sprachen, kam es leicht zu Zusammenstößen, so daß wir es vermieden, darüber zu sprechen. 1923 machte ich die Beobachtung, daß seine Nervosität außerordentlich gesteigert war. Er hatte etwas Fahriges in seinem Wesen. Ich konnte öfter seinen Ausführungen nicht folgen. Im übrigen war er stets gefällig, und ich hatte volles Vertrauen zu ihm.

Vorf.: Hatten Sie großen Einfluß auf ihn?

Zeuge: Nein, den hatte kein Mensch. Seine Frau sagte mir seinerzeit, wie er das Geld von der kommunistischen Partei erhalten hatte, sie habe ihm aus Scherz gesagt, er solle ihr etwas davon abgeben. Da sei er aufgebraust, wie sie dazu komme, so etwas zu sagen. Das sei doch Parteigeld. Als Lügner habe ich ihn nie kennen gelernt. Fanatisch erziehen er mir lediglich in seinen politischen Anschauungen. Als Aufschneider kann ich ihn nicht bezeichnen. Er hat nie die Fähigkeit gehabt, eine Sache richtig durchzuführen.

Vorf.: Sie haben aber gefunden, daß er ganz logisch denkt.

Zeuge: Ja, aber nicht bis zum Ende. Auf eine Frage von R.-A. Dr. Samter, ob sich der Angeklagte Neumann im engsten Familienkreise auffällig benommen habe, erklärt der Zeuge, daß das Familienleben Neumanns ein durchaus gutes war.

R.-A. Dr. Samter: Hat er nicht einmal das gesamte Geschütz, das auf dem Tisch stand, auf die Erde geworfen?

Zeuge: So etwas Ähnliches soll einmal passiert sein, genau erinnere ich mich nicht. Meine Schwägerin hat mir erzählt, daß er einmal Geschütz zerbrochen hat.

Nach der Mittagspause erklärt Sachverständiger Seefeld auf Fragen, daß zu einem operativen Eingriff bei Kausch nicht der geringste Anlaß vorgelegen habe und keinerlei Anzeichen für das Eintreten einer tödlichen Blutung zu beobachten gewesen seien. Dem Schwerverwundeten sei die ärztliche Hilfe nach bestem Gewissen und dem heutigen Stande der Wissenschaft zuteil geworden. Hierauf wurden die drei Sachverständigen entlassen.

Ein Gefängnisbeamter, der Wachtmeister Schilling berichtet als Zeuge über den Selbstmordversuch, den der Angeklagte Neumann im Juni 1924 gemacht hat. Als der Beamte eines Tages die Zelle öffnete, lag Neumann in einer Schlinge, die er aus seinem Handtuch hergestellt hatte, konnte aber rechtzeitig abgeschnitten werden. Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung gab Schilling an, daß Neumann, als man ihn nach den Beweggründen für seinen Selbstmordversuch befragte, erklärt habe, er rechne mit einer schweren Strafe und deshalb habe das Leben für ihn keinen Wert mehr.

Auch der Stuttgarter Gefängnisarzt, Medizinalrat Dr. Schmidt, bekundet, daß er von seiner anfänglichen Meinung, daß Neumanns Selbstmordversuch nur eine wohlberedete Demonstration gewesen sei, auf Grund späterer Feststellungen wieder abgekommen sei.

Das Gericht beschloß auf Antrag der Verteidigung die Vernehmung Schillings über die Vernehmung Neumanns im Gefängnis und die Ladung zweier weiterer Stuttgarter Gefängnisbeamten als Zeugen für die Frage, ob die Angeklagten König und Diener im Gefängnis von dritter Seite mit Lebensmitteln versorgt worden seien.

Nachdem zwei weitere medizinische Sachverständige, Dr. Thiemann und Dr. Friedländer, die beide während des Krieges den Angeklagten Neumann behandelt hatten, gehört worden waren, erstattet der der Verhandlung von Anfang an beimohnende Sachverständige Medizinalrat Dr. Thiele-Berlin sein

Gutachten über Neumann.

Er kam in längeren Ausführungen zu dem Schluß, daß die Untersuchung keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben habe, daß der Angeklagte früher oder jetzt jemals geisteskrank gewesen sei. Auch von einer erblichen Belastung könne keine Rede sein. Jegdewelche Anhaltspunkte, daß Neumanns Glaubwürdigkeit durch hysterische Veranlagung beeinflusst worden sei, seien nicht vorhanden. Dagegen, daß Neumann bei Abgabe des Schusses auf Kausch sich in einem unzurechnungsfähigen Zustande befunden habe, spräche die Raubbiligkeit, mit der Neumann die Tat ausführte.

Medizinalrat Dr. Schübe-Leipzig schloß sich diesen Darlegungen an, § 51 trafe auf ihn nicht zu. Bei Margies, so meinte der Sachverständige, seien zwar merkwürdige Zustände zu verzeichnen, doch liegt auch bei ihm keinesfalls eine verminderte Zurechnungsfähigkeit vor, ebensowenig bei dem Angeklagten Szon, der lediglich ohrenschreiend sei.

Die Verteidigung behielt sich weitere Fragen an die Sachverständigen vor.

Um ¼ 6 Uhr nachmittags wurde die Verhandlung dann auf Mittwoch früh 9½ Uhr vertagt.

Briefkasten der Redaktion.

M. S. 31. Die Aufnahmebedingungen erfahren Sie vom Sekretariat; die Rollen für die Zeit der Ausbildung richten sich nach den persönlichen Verhältnissen. Das Unterrichtsgehalt kommt gar nicht in Betracht, weil gering.

S. S. Suchen Sie durch Inserat in den Mitteilungen des Berliner Arbeitervereins (Anzeiger 31) zunächst Stellung als Sekretär. — S. W. 1900. Diese Scheine sollen demnach eingelöst werden; der angelegte Betrag für je 1 M. beträgt unarar ein Hundertausendstel Pfennig. — R. S. Johannisthal. Der Ausschluß erfolgte auf Betreiben der Kommunisten durch den Verbandsvorstand. Die letzte Inhabung (der Verbandstag) hat sich damit nicht beschäftigt. Selbstverständlich war dieser Ausschluß ungerichtlich, aber was nützt das viele Geschwätz an. Lassen Sie die Rostowitzer schämen — sie sollen sich um ihre „Ehrenmänner“ kümmern.

Befonders billige Angebote

Gardinen

Etamin-Halbstore mit Knahten	2 ⁹⁰	3 ⁹⁰
Etamin-Halbstore mit Handarbeitelns.	5 ⁹⁰	8 ⁷⁵
Tüll-Garnituren 3 teilig	3 ⁷⁵	5 ⁵⁰
Etamin-Garnituren mit Knahten	4 ⁹⁰	6 ⁹⁰
Madras-Garnituren hellgründig	8 ⁷⁵	12 ⁰⁰
Tüll-Bettdecken 2bettig	8 ⁵⁰	13 ⁷⁵
Etamin-Bettdecken m. Knahts. 1bettig	8 ⁷⁵	12 ⁰⁰
Madras Meterware, dunkelgründig, ca. 130 cm breit	4 ⁷⁵	6 ⁷⁵

Etamin kariert, 150 cm breit, Meter 95 Pf.

Linoleum-Auslegeware 2⁹⁰ 200 cm breit, bedrückt, Quadratmeter

Teppiche und Läuferstoffe

Hansa modern gemustert	2 ⁹⁵	4 ⁹⁵	15 ⁵⁰	21 ⁵⁰	30 ⁰⁰
Stambul mit Fransen, mechanisch gewebter Wollamyrns	11 ⁵⁰	18 ⁷⁵	26 ⁰⁰	38 ⁵⁰	46 ⁰⁰
Pa. Axminster extraschwere Qualität	17 ⁵⁰	37 ⁵⁰	85 ⁰⁰	128 ⁰⁰	188 ⁰⁰
Pa. Kokosteppiche	36 ⁰⁰	56 ⁰⁰	82 ⁰⁰		
Pa. Kokosläuferstoffe moderne Muster, ca. 67 cm breit	2 ⁷⁵	3 ⁷⁵			
Boucléläuferstoffe modern gestreift, ca. 67 cm breit	4 ³⁵	5 ⁷⁰			
Pa. Velvet-Vorlagen mit Fransen in vielen Farben, Größe 70x140	12 ⁰⁰				

Decken

Stoppdecken zwölftig Satin, Größe 150/200	17 ⁵⁰	25 ⁰⁰
Daunendecken in vielen Farben	78 ⁰⁰	98 ⁰⁰
Diwandecken solide Qualität	9 ⁷⁵	14 ⁷⁵
Tischdecken Phantasiemuster	6 ⁵⁰	9 ⁷⁵
Reisedecken gotisch	17 ⁵⁰	25 ⁰⁰
Autodecken mit Einfassung, reine Wolle	29 ⁷⁰	35 ⁰⁰
Gobelinstoffe 180 cm breit, Verduremuster	5 ⁷⁵	7 ⁵⁰
Rips 180 cm breit, römische Streifen, Meter	3 ⁹⁵	6 ²⁵

Tapestry-Vorlagen persisch und modern gemustert, Größe 80x100 6⁵⁰

Velours-Vorlagen persisch gemustert, Größe 80x100 8⁰⁰

HERMANN TIETZ

Ausstellung neuer Damen-Moden

